

# Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80  $\text{S}.$ , in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 3. März 1894.

Inserate die vorgepaßtes Beitzelle oder deren Raum 20  $\text{S}$ . Nebaktion und Expedition: Wurzburg, Weitzerstraße 12.

## Die Bedeutung des russischen Handelsvertrages.

Ix. Russland, als ein Land mit unentwickelter Industrie ist auf die Einführung industrieller Erzeugnisse angewiesen. Deutschland dagegen vermag seit langem nicht mehr sein Bedürfnis an Brodkreft selbst zu decken. Da nun gleichzeitig Russland an Getreide weit mehr produziert, als es konsumieren kann, also ausführen muß, so würde die Vöglit eines Kindes genügen, um einzusehen, daß das natürliche Verhältnis der beiden Nachbarländer sich auf den Ausstausch der jeweiligen im Überschüß erzeugten Produkte aufzubauen müßte. Bestimmte Interessenkreise aber hatten gerade das gegenteilige nachbarliche Verhältnis erzeugt. Obenan stehen hier unsere ostelbischen Junker, die natürlich bei einem Mangel an Brodkreft in Deutschland einmal einen höheren direkten Profit von ihren Gründen erzielen, andererseits aber auch eine Erhöhung der Grundrenten bewirken, was bei ihrer angeborenen Neigung zum Schuldenmachen ihnen ebenfalls erheblichen Vortheil gewährt. — Deutschland schloß sich in Folge dessen durch Schutzölle immer mehr vom Auslande ab. Wie es aber nach Russland hineinschäfte, so sollte es auch wieder von dort heraus. Der russische Absatzmarkt begann sich gleichfalls immer mehr gegen die Erzeugnisse der fremden Industrie abzuschließen. Infolge dessen war die Waarenausfuhr Deutschlands nach Russland einschließlich Finnland, welche sich 1880 noch auf 215 Millionen Mark bezifferte, im Jahre 1887 bereits auf 124 Millionen zurückgegangen. Zwar verbesserte sie sich während der nächsten Jahre wieder infolge des höheren Rubelkurses, inbegriffen gab dieser Umstand zu neuen Bollerhöhungen Anlaß, welche einen weiteren Rückschritt des deutschen Absatzes bewirkten. Erst mit dem im Jahre 1891 in Kraft getretenen hochschulönerischen neuen Tarife schienen die zollpolitischen Maßregeln zu einem gewissen Abschluß gelangt zu sein. Für die Jahre 1891 und 1892 weist die Statistik bezüglich der deutschen Ausfuhr Biffern von 145 und 129 Millionen Mark nach. Die deutsche Industrie litt einen bedeutenden Schaden, der um so erheblicher wurde, als der Absatzmarkt für deutsche Industrieprodukte im übrigen Auslande immer enger und enger wird. Ein Handelsvertrag zwischen Deutschland und Russland wurde so zur Lebensfrage für die deutsche Industrie. Russland erklärte sich bereit, auf die autonome Festsetzung eines Bollerarifes zu verzichten und mit Deutschland einen Handelsvertrag zu vereinbaren. Nachdem dann Russland seinen kurz vorher neu geschaffenen Maximaltarif vom 1. August vorigen Jahres ab auf die deutsche Einführung angewendet hatte, wurde deutscherseits als Gegenmaßregel die russische Einführung nach Deutschland mit einem Bollerzuschlag von 50 Prozent belegt. Hierauf antwortete Russland mit einem 50prozentigen Zuschlag seines Maximaltarifes und Erhöhung der Kronlasten.

gelber für deutsche Schiffe von 10 Kopeken auf 1 Rubel für die Last (= 2 t). Die beiden historischen "Erftreunde" waren also auf dem besten Wege, sich wie die beiden Löwen in den "Fliegenden Blättern" gegenseitig bis auf die Schwänze aufzutressen. Über da die Verluste sich beiderseitig in's Ungeheuere stiegerten, die russischen Großgrundbesitzer auf ihre unverkaufen Getreidevorräthe aus dem halb-bankrotten Staatschaz schon Vorschüsse aufnehmen mußten, so besann man sich doch bald in Russland wie in Deutschland, daß es für die Löwen vortheilhafter wäre, von einander schon bei den ersten Tagen schlagen, bei denen man Haare genug gelassen hatte, abzustehen und sich friedlich zu vertragen. Der deutsch-russische Handelsvertrag kam zu Stande und es liegt nun wohl ausschließlich in der Hand des Reichstages, ihn zu ratifizieren oder ihn zurückzuweisen. Seine Annahme scheint ziemlich sicher, denn zähneknirschend buchen jetzt auch schon recht wilde Junker, die einzigen ernst zu nehmenden Gegner des Handelsvertrages, nachdem ihnen der Kaiser ein kräftiges Wörtlein über ihren Patriotismus in das Stammbuch geschrieben hatte. — Uns interessiert aber hier weit weniger die politische als vielmehr die sozialpolitische Bedeutung des Vertrages.

Die Getreideeinfuhr nach Deutschland betrug in den Jahren

1891 . . .	30,017,152	Doppelgentner
1892 . . .	32,332,558	"
1893 . . .	27,867,966	"
Davon aus Russland		
1891 . . .	16,315,000	Doppelgentner
1892 . . .	5,925,000	"
1893 . . .	3,878,000	"

Während aber 1891 die russische Getreideeinfuhr noch mehr als die Hälfte des Gesamtimports betrug, war sie 1893 auf ein Siebentel herabgesunken. Die Vereinigten Staaten, Rumänien und Österreich-Ungarn waren an die Stelle Russlands getreten. Freilich hatte Russland erhebliche Quantitäten Roggen nach Österreich ausgeführt, wofür dann Österreich seinen eigenen Roggen nach Deutschland abgab, aber immerhin beweisen die angeführten Zahlen, daß Deutschland seinen Bedarf an Brodkreft auch von anderen Ländern decken kann, ohne auf Russland angewiesen zu sein. Eritt nun der russische Handelsvertrag in Kraft, wird Russland die Konkurrenz bedeutender Rivalen zu überwinden haben, und die Konsequenz wird die sein, daß die Getreidepreise erheblich abfallen werden; für den deutschen Konsumenten, aus dessen Rücken die ostelbischen Junker lange genug Volumen geschnitten haben, ist das ein ganz bedeutender Vortheil.

Die Wiedereröffnung des russischen Marktes wird aber auch der deutschen Industrie erhebliche Vortheile bringen. Freilich ist da auch nicht alles Gold was glänzt. Die Bollerzuschläge sind gegenüber den Bößen von 1891 allerdings ganz erheblich; aber man darf nicht vergessen, daß der russische Einfuhrzoll von 1891 bereits ein Rumpfzoll

war. Ferner sind bei einigen sehr wichtigen Artikeln der deutschen Industrie die Bölle die alten geblieben, so z. B. bei Eisen-, Stahl- und Kupferdraht, bei anderen, wie bei Papier machen die Bölle immer noch 50 Prozent des Wertes aus, so daß die Bugeständnisse der Russen nicht so sehr glänzend sind. Ferner behalten es sich die Vertragsschließenden vor, auf die eingeführten Erzeugnisse innere Verbrauchsabgaben zu legen und für solche Erzeugnisse, welche den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden oder bilden werden, sowie auch für gewisse Erzeugnisse aus Russland auf die Gesundheit, die Veterinärpolizei und die öffentliche Sicherheit oder aus anderen schwerwiegenderen Gründen außerordentliche Verbotsmaßregeln zu erlassen. Alles Klauseln, welche das absolutistische Russland mit Leichtigkeit zum Schaden der deutschen Industrie auszunützen vermag, ohne daß Deutschland innerhalb 10 Jahren von dem Vertrage zurücktreten kann. —

Die Bugeständnisse Deutschlands beschränken sich in der Hauptsache auf Bollerabsetzungen auf Getreide, Mehl, Fleisch, Bier und Russholz. —

Die Kosten des Vertrages werben also in erster Linie einige Großgrundbesitzer zu tragen haben. Das wäre nur recht und billig, wenn lange genug haben sie das Volk ausgeworfen. — Ein solches Vorgehen gegen die Junker schlägt aber der ganzen historischen, preußischen Politik in's Gesicht, nach welcher die Abgaben der Junker immer in der Gestalt von Frohnden und Lasten auf das Volk abgewälzt wurden — und die Regierung ist tatsächlich auch diesmal nicht aus ihrer historischen Rolle gefallen. Gleichzeitig mit dem Handelsvertrage wurde im "Reichsanzeiger" ein Gesetzentwurf zur Aufhebung des Identitätsnachweises veröffentlicht.

Die Frage des Identitätsnachweises knüpft sich im Allgemeinen an die Rückvergütungen, die bei der Ausfuhr von zollpflichtigen Produkten gewährt werden. Der deutsche Händler erhält den Boller bisher nur dann zurückvergütet, wenn er nachweisen konnte, daß das ausgeföhrte Getreide z. identisch mit eingeschüttetem, ausländischen sei. Der § 1 des neuen Gesetzentwurfes bestimmt das gegen: „Bei der Ausfuhr von Weizen, Roggen, Hafer, Hülsenfrüchten und Gerste werden, wenn die ausgeführte Menge wenigstens 500 Kilogramm beträgt, auf Antrag des Wagenführers Bescheinigungen ertheilt, welche den Inhaber berechtigen, innerhalb einer bestimmten Frist die gleiche Menge der nämlichen Warengattung ohne Bollerichtung einzuführen.“ § 3 bestimmt: „Den Inhabern von Mühlen oder Mälzereien wird für die Ausfuhr der von ihnen hergestellten Fabrikate eine Erleichterung dahin gewährt, daß ihnen der Eingangszzoll für eine der Ausfuhr entsprechende Menge des zur Mühle oder Mälzerei gebrachten, ausländischen Getreides erlassen wird.“ Nach § 4 aber ist der Bundesrat ermächtigt „die Verwendung der Einfuhr-

scheine nach Maßgabe ihres Bollerwertes für andere als die in Biffer 1 genannten Waaren zu gestatten.“ — In's Deutsche übersetzt heißt das: Wer Getreide, Mühlen- oder Mälzereiprodukte nach dem Auslande exportirt, gleichgültig ob das Getreide in Deutschland oder dem Auslande gewachsen ist, bekommt eine besondere Exportprämie. Und die Preise können in's Ungemessene gesteigert werden, wenn man gutes Getreide, das im Inlande leicht verkauflich ist, einführt, dafür aber das unverkaufliche Getreide exportirt. Damit der ostelbische Junker die Nachhelle des russischen Handelsvertrages nicht so empfindlich zu spüren bekommt, müssen die Konsumenten die Lasten der Exportprämie zahlen! So will es die ausgleichende Gerechtigkeit in Preußen-Deutschland.

Aber auch im Süden und Westen Deutschlands wohnen Großgrundbesitzer, und was dem preußischen Junker recht ist, ist dem bayrischen Großbauern, dem rheinischen Magnaten billig. Damit der Ostelbier innerhalb Deutschlands leicht verkaufen könne, wurden für ihn die Staffeltarife zurecht gemacht. Da er jetzt die Aufhebung des Identitätsnachweises bekommt, kann er auf die Staffeltarife verzichten, deren Aufhebung den Agrarier des Südens und Westens zu Gute kommt, die dann, zum Ersatz für den herabgesetzten Boller, frei von der ostelbischen Konkurrenz theuerer verkaufen können. Immer aber ist es das Volk, das die Rechte bezahlt. Heute wird man das zwar auf das bedrohte bestreiten, aber in zwei Jahren wird es kaum mehr einen Zweifler geben. Für den Augenblick werden die Getreidepreise abfallen, nach einer langen Periode vollständiger Stagnation der Industrie wird vorübergehend die Produktion in die Höhe schnellen. Die Großindustriellen werden sieberhaft produzieren, um sich auf den russischen Markt gegenseitig den Vang abzulaufen — und die Arbeits- und Verbienstgelegenheiten des Arbeiters werden zunehmen. Über der russischen Markt ist rasch übersättigt, dazu kostet Russland selbst eine zwar noch junge aber kräftig heranwachsende Industrie und die Periode der neuen Stagnation wird rascher hereinbrechen als Mancher ahnt. Inzwischen aber haben Großhändler und Agrarier die Mandat zur künstlerischen Preisfeststellung des Getreides nach allen Regeln der Kunst ausprobirt und sich alle Vortheile zu Nutze gemacht, welche ihnen die Aufhebung des Identitätsnachweises und der Staffeltarife verstatten. Das Volk ist wieher der Dumme. — Gegenüber des sonstigen, unbedeutlichen Zustandes des Bollerrieges bis auf's Messer aber ist der Zustand, wie ihn der russische Handelsvertrag schaffen wird, doch ein Gebot der Notwendigkeit; denn nicht der Handelsvertrag an sich, sondern die parallel laufende Interessenpolitik zu Gunsten der Agrarier wird die Segnungen dem Volke vorerthalten, welche ihm der Handelsvertrag an und für sich gewährten würbe. Nur querköpfige Antifer-

miten und unersättliche Eltern, die mit jeder Entschädigung unzufrieden sind, weil sie das Aufgegebene und die Entschädigung haben möchten, werden deshalb gegen die Statistizierung des Handelsvertrages stimmen können.

### Was beginnen?

In wenigen Wochen, wenn Tausende von Kindern die Schule verlassen, um nun in's praktische Leben einzutreten, wird vielen Eltern die Frage sich aufdrängen: Was beginnen? Was soll aus dem Sohne, aus der Tochter werden? Nach den Versicherungen unserer Gegner herrscht in der bürgerlichen Gesellschaft völlige Freiheit der Berufswahl im Gegenatz zu dem sozialdemokratischen „Zukunftsstaat," in dem angeblich nur Zwang, eben das rechtschafe Buchhaus herrschen soll.

Die Thatsachen lehren uns aber, daß das, was angeblich in der sozialistischen Gesellschaft einmal sein soll, heute in der kapitalistischen Gesellschaft wirklich ist, nämlich die Unfreiheit der Berufswahl. Man darf sich nur nicht vom Scheintäuschen lassen. Nach dieser Scheinfreiheit hat allerdings der arme Tagelöhner, der Fabrikarbeiter, der kleine Handwerker die Freiheit, den Sohn ebenso gut studiren zu lassen, wie ihn in die Fabrik, auf den Bau oder zum Bauer als Stalljunge zu schicken resp. zu verdingen. Wenn er den Sohn lieber Tagelöhner als Ingenieur, die Tochter lieber Dienstmädchen als Lehrerin werben läßt, so ist das offenbar nur eine Dummheit des Vaters. — Ist Dem aber wirklich so? Wir wissen, daß dies nicht der Fall ist. Was die Berufswahl, die die Eltern für ihre Kinder treffen, entscheidend beeinflußt, das sind ihre ökonomischen und sozialen Verhältnisse. Wir sagen, daß die Berufswahl für die Kinder von den Eltern getroffen wird, weil wir wissen, daß bei den Eltern und beim Kleinbürgertum sowie beim Bauer dies in der Regel der Fall ist. Dadurch ist aber schon die Freiheit der Berufswahl aufgehoben, denn diese soll in erster Linie dem betreffenden Kluge selbst zustehen; und bei diesem sollten ohne alle anderen Mitleidenschaft seine Neigungen und Fähigkeiten die Berufswahl bestimmen. Wenn aber nun diese auf einen geistigen Beruf fällt, der jahrelanges Studium erfordert oder auf einen Körperlichen, dessen Erlernung ebenfalls mit

vielen Kosten verbunden ist — die Eltern aber auch sind, was dann? Nun, dann kann eben das Kind seiner Neigung nicht folgen, sondern es muß dem Zwange der Mittellosigkeit sich fügen und das kann, was die Eltern für gut befinden. Damit hört aber jede Freiheit der Berufswahl auf.

Früher ließen sich die Eltern bei der Berufswahl auch von der Rücksicht auf etwa leicht zu erwerbende Selbstständigkeit in einem bestimmten Gewerbe leiten. Man sagte sich, daß der Schneider, der Schuhmacher, der Spengler, Schlosser, Schmied etc. ohne viele Geldmittel sein Gewerbe selbstständig betreiben könne und führte daher die Söhne diesen Gewerben zu. Mancher unserer heutigen Fabrikarbeiter wurde aus solchen Erwägungen der Eltern seinem Berufe gewidmet; aber die Verhältnisse machten einen Strich durch die Rechnung, statt des erhofften, erträglich stützten Kleingewerbetreibenden wurde und blieb der Sohn Fabrikarbeiter — Lohnarbeiter bis zum Grabe. Bei der noch weit verbreiteten Unkenntnis unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und allen möglichen und zahlreichen Illusionen zweifeln wir nicht daran, daß jene Erwägungen auch heute noch in vielen Fällen die Berufswahl beeinflussen.

Ein sehr großer Theil der Eltern rechnet aber damit, daß der Sohn sein Lebttag Lohnarbeiter wird bleiben müssen. Deshalb möchte er aber auch in der Berufswahl vorsichtig sein, damit der Sohn als Arbeiter sein Auskommen finden kann. Allein da beginnen neue und große Schwierigkeiten. Alle gewerblichen Berufe sind mit Arbeitern übersezt und zählen mehr oder weniger Überschüsse, d. h. Arbeitslose. Dazu kommen die bekannten „Warnungen an Eltern und Kindern“, die fatale Weise meist von Berufen ausgehen, die zu den besser stützten gehören. In diesen Aufrufen wird in einbringlichsten Worten und unter Schilderung der betreffenden Gewerbsverhältnisse davor gewarnt, Kinder diesen Beruf zu lernen. Zu anderen Gewerben wieder sind die Verhältnisse so schlecht und diese Thatsache ist so allgemein bekannt, daß es gar keiner Warnung bedarf, um die jungen Leute davon fern zu halten.

Die Warnungen kommen aber auch aus den Kreisen der geistigen Berufswarbeiter. Kürzte, Juristen, Ingenieure,

schweren Eisenhammer, der hier Tag und Nacht nicht still steht.

Ein mir befreundeter Pariser Arbeiter hatte mich seinem Schreger empfohlen, der hier Werkführer war und mich am Ausgang des Bahnhofs erwartete.

Wir wandern zusammen durch die Stadt; denn eine Stadt ist es, phantastisch, bezaubernd, mit ihren Mauern und Gleisen aus Glas, die durch die elektrischen Lampen magisch erleuchtet sind.

„In den Werkstätten wird nie gefeiert“, sagt mein Begleiter, „die Arbeiter thun sich in Tag und Nachtdiensten.“

Rings um uns her, in der Nähe und in der Ferne, einem Heer von Riesen gleich, taucht die Menge der Rame auf, welche in Wirbeln den Rauch ausspeien, der das Sternenslicht am Himmel verdunkelt.

Wir steigen eine ziemlich steile Höhe hinan, die auf beiden Seiten von unheimlichen Häusern umgeben ist. Plötzlich, auf halber Höhe, vor einem Eisen-Gitter, das am letzten Hanse anfängt, zeigt sich unserem Auge ein großartiges, erschitterndes Schauspiel.

Vor unseren Füßen öffnet sich ein ungeheuerer Schlund, in dessen Tiefe an den Seiten dunkle Feuer sich hinziehen, während im Zentrum ein helles Flammenmeer die Glasfagaden der kolossal Hallen, die riesenhaften Fenster der eisernen Thürme, die Siebel der Schuppen und alle die aufgehäuften Metalle erleuchtet.

Techniker, Chemiker, Philosophen, Lehrer, Beamte u.s.w. reden von Überfüllung aller dieser Berufe und die Bourgeoisie redet mit einem gewissen Grauen von dem Intelligenz-Proletariat, das in seiner Unzufriedenheit der bürgerlichen Gesellschaft ebenfalls gefährlich zu werden droht.

Alles ist überfüllt! Es gibt also zu viele Menschen, es gibt Überbevölkerung. Zu viel Handarbeiter-Proletariat und zu viel Gelehrten-Proletariat — Überflüssig ist natürlich nur das Proletariat resp. ein Theil desselben, denn der Bestehende ist darum nicht überflüssig, weil er die Mittel zu seinem Lebensunterhalt hat und ihm in Gestalt des Besitzes die Natur den Tisch gedeckt hat.

Zu der Überfüllung der Berufe kommt noch ein weiterer und wichtiger Umstand, der die Berufswahl wesentlich erschwert, da er jede Sicherheit der Berechnung unmöglich, nämlich die fortwährenden technischen Umwälzungen. Heute schon sind in den Großbetrieben viele ungelerte Arbeiter thätig und der gelernte Arbeiter hat nur Gelegenheit, einen Theil seiner Berufskenntnisse zu verwerten; der Schlosser z. B. arbeitet als Dreher, der Schuhmacher als Zwicker oder Auspumper, der Schneider macht bloß Westen oder Hosen oder Röcke etc. Die durch die bereits entwickelte Maschinerie und durch praktische Werkzeuge geförderte und weit getriebene Arbeitsteilung macht in einer großen Zahl von Gewerbe- und Industriezweigen die gelernten Arbeiter hi und da ganz, vielfach aber in größerer oder geringerer Zahl entbehrlieblich. Die Theil- oder Spezialarbeiten können in wenigen Tagen oder Wochen erlernt werden und es kommt nicht selten vor, daß ein als Hobler in einer Maschinenfabrik thätiger ehemaliger Handlanger mehr verdient als ein gelernter Schmied oder Schlosser, daß ein Maurer beim Auspumpen in einer Schuhfabrik mehr verdient als ein Schuhmacher. Diese Bereinfachung der Arbeit ist auch das wichtigste Förderungsmittel der billigen Frauen- und Kinderarbeit, welche die kostspieligere Männerarbeit verdrängt.

So steht es heute und die technische Revolution zögert jeden Tag neue Umgestaltungen. Welcher gewerbliche Beruf ist vor seiner künstlichen Verstärkung durch die Technik sicher. Im Buchdruckergewerbe sind jetzt schon Tausende beschäftigt

Bei dem dunkelblauen Nachthimmel, der wieder und immer wieder von den aufsteigenden Rauchwirbeln getrübt wird, nehmen alle diese Dinge übermenschliche Proportionen an; das Auge schaut in ein nie geahntes Chaos unharmonischer, schroffer, harter Formen, auf welchen wiederum, riesenhaft vergrößert, zahlreiche Schatten hinkutschen, Schatten von Menschen, die wie wahnwinkig vor dem Schlund der Oesen gestikulieren oder über Blüche flüssigen Feuers sezen, das sich durch die schwarze Erde hinschlängelt. Von Zeit zu Zeit öffnen sich die Höhlerrachen, um rothe Flammen auszuspucken, poltern stürzen dann ungeheure feurige Blüde auf einen beweglichen Boden, der sie augenblicklich forttriebt unter mächtige Wassergüsse.

Über diesem ganzen Dante'schen Schauspiel, es begleitet in wilder Harmonie, schwiebt ein unbeschreiblicher Vorm, der aus undeutlichem Geräusch und weit herbringendem Getöse besteht: es heult und es klagt.

Über dies Alles dominirend: die Feuerbäume und die Rauchwirbel und den Brand der Oesen, das tragische Wirrwarr der Tiefe gleichsam zerbrückend, hört man in gleichmäßigen Zwischenräumen, aus irgend einem Winkel der Dunkelheit kommend, das ungeschlachte Schnarchen und Schnauben der Maschine, welche mit ihrem ungeheuren Rachen die Luft einsaugt, die zum Gang dieses riesigen

tigungslos und zu allem Überflusse ist bereit in Europa die amerikanische Segmaschine eingeführt worden, wenn auch vorläufig nur in wenigen Exemplaren. Die Xylographie existiert kaum mehr, die Lithographie hat durch neue Verfahren, wie Zinkographie, Lichtdruck etc. bereits eingebüßt und wird noch weiter zurückgedrängt werden. Die Dachballen zu den Dachstühlen werben in den großen Baugeschäften mittelst Plakatlagen hergestellt und die Zimmerleute helfen nur noch; in denselben Baugeschäften werden auch die Maschinen schon in weitgehender Weise zur Herstellung von Fenstern und Türen benötigt und dadurch die Tischler und Glaser zurückgedrängt. Eine Menge vormalig vom Schlosser erzeugte Artikel liefern heute die großen Eisen- und Metallwarenfabriken, in denen die Maschinen z. B. von Tagelöhnnern bedient werden; ebenso liefern dem Schmied diese Fabriken zahlreiche Artikel billiger als er sie selbst herzustellen vermöchte. Vehnlich ist es beim Drechsler, beim Bildhauer, Spengler, Uhrmacher u.s.w. So wird die gelernte Handarbeit entwertet und entbehrlich gemacht, das Handwerk sieht sich auf ein immer kleiner werdendes Terrain zusammengedrängt.

So ist die Situation für die Berufswahl für Väter wie für die Söhne schwierig. Niemand kann dem jungen Mann in einem bestimmten Berufe eine künftige Existenz garantieren. Dagegen kann er Tausende Fälle kennen lernen, in denen der Schlosser Gastwirt, der Tischler Polizist, der Schuhmacher Dienstmann, der Schneider Porteur, der Sattler Hausknecht geworden ist. Was nutzt all den Tausenden im späteren Leben ihr erlernter Beruf, ihre drei bis vierjährige Lehrzeit, ihre vielen Mühen und Kosten, wenn sie durch Verhältnisse gezwungen doch auf andere Weise die Mittel zu ihrem Lebensunterhalt erwerben müssen? Wäre es da nicht für beide Theile, für Eltern und Söhne einfacher, wenn letztere von der Schule weg gleich in die Fabrik gingen, um als „jugendliche Arbeiter“ schon Lohnarbeit zu verrichten und einen mehr oder weniger zum Lebensunterhalt ausreichenden Verdienst zu erzielen? Nun sehen wir in der That, daß zahlreiche Arbeiter-Eltern mit ihren Kindern so verfahren, allerdings wohl weniger in Folge weitsinniger Erwägungen als vielmehr durch die Not des füglichen

Organismus nötig ist. Es bringt in das Ohr und in die Seele wie ein herzerbrechendes Schluchzen, während man erschüttert und erstarrt die epische Größe dieses Bildes in sich aufnimmt und man möchte bellagen und trösten den unsichtbaren Schmerz, der sich da kündigt.

„Also diese Leute arbeiten die ganze Nacht?“ fragte ich meinen Begleiter, der, ruhig seine Pfeife rauchend, mit dem Rücken nach der Tiefe am Eisengitter lehnte.

„Natürlich, die Oesen dürfen niemals ausgehen.“

„Wie viele Arbeiter sind da brinnen?“

„Im Ganzen — zwölftausend hier und etwa viertausend in den Minen der Compagnie.“

„Wie viel Stunden arbeiten sie?“

„Der Arbeitstag hat zwölf Stunden. Tatsächlich arbeiten sie aber nur zehn, denn sie ruhen ein wenig und sie essen auch.“

„Und was verdienen sie?“

„Ja, das ist sehr unterschiedlich. Die Handlanger verdienen 2,50 bis 3 Francs den Tag, die guten Arbeiter, die Heizer, die Werkführer wie ich können von 5 bis 10 Francs verdienen. Aber freilich“, setzte er lachend hinzu, „es sind Verein mehr, die 3 Francs verdienen, als Solcher, die 10 Francs haben.“

Unwillkürlich entfuhr mir der Schrei: „Ist das ein Handwerk, ist das ein Leben!“

Lebens dazu gezwungen. Diese sind nun von Anfang an Tagelöhner, während viele der gelernten Arbeiter später auf dieselbe ökonomische Stufe gelangen, also einen mühevollen und kostspieligen Umweg machen.

Trotz allem meinen wir doch, daß es in der bürgerlichen Gesellschaft besser ist, wenn die ökonomische Möglichkeit der Eltern hiefür besteht, Söhne und Töchter einen bestimmten Beruf erlernen zu lassen, bei dessen Wahl aber die Neigungen und Fähigkeiten des Kindes möglichst zu berücksichtigen seien. Ebenso soll auf die Wahl des Lehrherrn besonders Bedacht genommen werden; das ist um so notwendiger, als das ganze private Lehrwesen durchaus faul ist. Der Unternehmer will nicht Lehrlinge, um neue Kräfte des Gewerbes auszubilden, sondern billige Arbeitskräfte erhalten. Schätzende Bemerkungen über die Art, wie junge Leute überhaupt in die Lehre bei diesem oder jenem Gewerbe gelangen, macht der Grazer Gewerbeinspektor. „Wie es heute vielfach gang und gäbe ist“, sagt er, „pflegen arme oder minder bewilligte Eltern ihre Kinder bei diesem oder jenem Gewerbsmann in die Lehre zu stellen, nur um sie bald aus dem Hause zu haben und sie versorgt zu sehen. Weber bei der Wahl des Lehrherrn noch auch der Branche wird mit der nötigen Vorsicht und Prüfung zu Werke gegangen. Da es den Eltern meist nur darauf kommt, ihre Jungen unterzubringen, wird der nächste beste freie Platz angenommen, der sich eben bietet, ohne Rücksicht darauf, ob der Gewerbszweig ein aussichtsvoller ist oder nicht und ob der betreffende Gewerbsmann in seinem Charakter, seiner Lebensführung und seinen Verhältnissen die Gewöhnung bietet, daß er aus dem Jungen etwas Ordentliches erziehen könne. Aber auch Eltern, die vorsichtiger und gewissenhafter vorgingen wollten, wird es schwer, für ihre Jungen die richtige Wahl zu treffen und den rechten Lehrherrn zu finden. Denn das Erste steht voraus, daß man einen Einblick und Überblick über das gewerbliche Leben hat, um dann nach Beurtheilung zu können, welche Erwerbszweige nicht nur im Moment, sondern für längere Zeit hinaus günstige Chancen bieten. Manche Jungen stehen aber oft ganz allein da und haben Niemanden, der sich ihrer bei dem entscheidenden Schritte der Berufswahl annehmen

würde. Auf diese Weise gerathen alljährlich Hunderte von jungen Leuten in falsche Bahnen, aus denen es ihnen nicht mehr möglich wird, wieder herauszukommen. Freigelassen, treten sie in ohnehin oft ungebührlich überfüllten Gewerben als billigere Arbeitskräfte in Konkurrenz mit den älteren Arbeitern, diese verdrängen, um dann später selbst wieder von dem jüngeren Nachwuchs verdrängt zu werden.“ — So steht es in der heutigen Gesellschaft um die freie Berufswahl des größten Theiles der Bevölkerung. Was bei ihr die Wahl des Berufes entscheidet, ist der Zwang der Not — das Gegenteil von Freiheit —, der erst in der sozialistischen Gesellschaft verschwinden wird, um einer wahren Freiheit der Berufswahl Platz zu machen. Die Frage: Was beginnen? wird dann durch die Erfüllung der Neigungen und Fähigkeiten der jungen Leute ihre rationelle Lösung finden.

### Die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Kindern.

R. Mit der Ausdehnung des industriellen Großbetriebes geht Hand in Hand die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Großindustrie unterscheidet sich vom Wesen nach von der Manufaktur dadurch, daß während in letzterer der Mensch mit der Hand die Produkte herstellt, in der modernen Großindustrie die Maschine arbeitet und der Mensch dieselbe bedient. So bald das Letztere aber eintritt, wird erstmals die Kunsterfertigkeit des Menschen in gewissem Maße schon sehr hohem Grade entbehrlich, zweitens werden die Anforderungen, die an die Muskelkraft des Menschen gestellt werden, ganz bedeutend herabgesetzt. Durch diese beiden Umstände war es möglich, die Entwicklung ungelernter und weniger starker (weiblicher) Arbeitskräfte in so hohem Maße zu steigern, daß selbst eine deutsche Reichsregierung zum Nutzen gewisser Schutzbestimmungen gezwungen werden konnte. Ferner ist es dem Drängen der Arbeiterbewegung und ihrer parlamentarischen Vertretung gelungen, die Verurtheilung der die Fabriken beaufsichtigenden Beamten zu erlangen. In dieser, wie in jener Beziehung ist aber noch nicht der allergeringste Theil der berechtigten Forderungen erreicht, die die arbeitenden Klassen stellen. Das wird am besten durch die Berichte der genannten Beamten den Arbeitern, und jedem Menschen bewiesen, der die Berichte nicht vom Standpunkt des Klassinteresses der Besitzenden liest.

Das Jahr 1892 ist das erste, aus welchem seitens der Fabrikinspektoren ein einigermaßen vollständiger Überblick über die Zahl der in den Fabriken beschäftigten jugendlichen Arbeiter gegeben wird. Es sind, das ist bei Betrachtung der Zahlen zu berücksichtigen,

lernen ihr Handwerk; für den Anfang haben sie zwölf Sous pro Tag und jedes Jahr erhöht man den Lohn um fünf Sous, wenn man mit ihnen zufrieden ist. So können sie manchmal, noch ehe sie zum Militär gehen, bis drei Francs täglich verdienen.

„Sie machen dann Ihren Militärdienst und kommen wieder hierher zurück. Wenn es gute Arbeiter sind und ein Platz frei ist, können sie in eine Werkstatt aufgenommen werden, wo nicht, so können sie immerhin als Handlanger arbeiten, bis sich etwas Besseres zeigt. Ja, ja, das ist eine gute Sache. Sehen Sie, ebenso ist es mit den Unglücksfällen; wir haben hier ein Krankenhaus, unentgeltlich, bei Chirurg unentgeltlich; alle Operationen werden unentgeltlich gemacht; Sie können sich wohl denken, daß Unglücksfälle hier nichts Seltenes sind, sie kommen sogar täglich vor, natürlich, mit diesen Lausenden von Arbeitern, es sind immer Nachlässige dabei, die nicht vorsichtig genug sind.“

„Sind die Arbeiter doch bezahlt, wenn sie verwundet sind?“

„Das will ich meinen! Sie haben das Drittel ihres Tagelohnes und unentgeltliche Apotheke. Sie begreifen wohl, daß, wenn man Ihnen mehr geben würde, wohl Mancher sich mit Absicht ein Bischen verwunden ließe, um sich zu Hause ein Bischen gütlich zu thun.“

„Und wenn sie sterben?“

sichtigen, nur die Arbeiter von Industriebetrieben gezählt, welche der Aufsicht jener Beamten unterstellt sind. Das ganze Klein Gewerbe, d. h. alle Betriebe, welche weniger als 10 erwachsene Arbeiter beschäftigen und kleinen Motorbetrieb haben, sowie die ganze Haushaltswirtschaft sind ausgeschlossen.

Nach den vor kurzem erzielten amtlichen Mitteilungen aus den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten im Jahre 1892 waren in Deutschland in 84,598 Betrieben 128,804 männliche und 68,735 weibliche junge Leute von 14—18 Jahren, sowie 7315 Knaben und 8897 Mädchen unter 14 Jahren beschäftigt. Auf die Metallindustrie kommen von den jugendlichen Arbeitern (14—18 Jahre alt) 89,690 männliche und 512 weibliche; von den Kindern 936 männlichen und 109 weiblichen Geschlechtes, in 8041 Betrieben.

Während also die Zahl der metallindustriellen Betriebe noch nicht  $\frac{1}{2}$  aller Betriebe ausmacht, beträgt die Zahl der jugendlichen männlichen Arbeiter beinahe  $\frac{1}{3}$  aller überhaupt in Fabriken beschäftigten Arbeiter dieser Kategorie.

Von großer Wichtigkeit ist die Angabe in den „Amtlichen Mitteilungen“, daß die Beschäftigung der Kinder unter 14 Jahren in 1892 ganz bedeutend zurückgegangen ist.

Es wurden

1891 17,254 Knaben von 12—14 Jahren  
1892 7815 18—14

beschäftigt, was einer Abnahme von 42 Prozent gleichkommt.  
Mädchen b. 12—14 Jahren waren 1891 10,281  
18—14 1892 8897

beschäftigt, was eine Abnahme von 88 Prozent bedeutet.

Wer nun aber glaubt, daß das Unternehmertum freiwillig, aus reiner Menschenliebe auf die Beschäftigung der Kinder verzichtet hätte, der ist in einem schweren Irrthum. Es ist vielmehr die im Jahre 1892 in Kraft getretene Gewerbeordnungsnovelle, welche das zu Wege gebracht hat, denn die Säkularisation ist im Dezember 1892 vorgenommen worden. Da werden denn, so weit es nicht schon geschehen ist, die kapitalistischen und anderen Blätter, welche die famose Sozialreform herauszustreichen bemüht sind, den Arbeitern den Segen und die Wohlthaten der Neuerungen der Gewerbeordnung preisen. Die Sozialdemokraten haben damals jene Novelle im Reichstag abgelehnt, und das wird denselben angehörig obiger Zahlen natürlich wieder zum Vorwurf gemacht. Dieses Prechgeträger und die von ihnen vertretenen Interessen wollen eben nicht sehen, sie treiben bewußt und höchstwillig Spott mit den Arbeitern, wenn sie die Abnahme der Beschäftigung in Fabriken preisen. Bewußt und höchstwillig sagen wir, weil dieses Geträger konserватiver, national-liberaler und namentlich ultramontaner Richtung ebenso genau wie wir weiß, daß diese Kinder und jungen Leute jetzt in kleineren Betrieben beschäftigt werden, welche der Aufsicht der Fabrikinspektoren nicht unterstehen, auf welche jene „Schutzbestimmungen“ nicht angewendet werden.

Dann haben Ihre Frauen, wenn sie verheirathet sind, eine Pension.“

„Wie hoch?“

„Das hängt wiederum von der Zahl der Kinder ab. Es können 20, 30, ja bis 40 Francs monatlich sein. Ich versichere Sie, hier kann sich keiner beklagen. Herr Schneider macht seine Sache gut; er ist ein wackerer Mann und hat das Herz auf der Hand; übrigens ist er Deputierter, Rath und Bürgermeister von Creusot, das beweist schon, daß Jeder Mann sein gutes Herz kennt und schätzt.“

„Haben die Arbeiter hier noch sonstige Vortheile?“ fragte ich diesen musterhaften Werkführer.

Er sann eine Weile nach, dann sagte er mit schlauer Miene und offenbar sehr vergnügt über diesen Fund:

„Freilich, freilich, bei uns können die Arbeiter Eigentümer werden.“

„Wie so das?“

„Hören Sie nur! Die Compagnie streckt uns das Geld vor, das wir brauchen, um uns ein Haus zu bauen; man gibt darauf monatlich so und so viel zurück, und nach einiger Zeit hat man sein eigenes Haus und Gartchen — kommt dann die Zeit der Pension, so kann man gewißlich den Rentner spielen.“

„Man bekommt also auch eine Pension?“

„Gewiß, und die Compagnie ganz allein bezahlt dieselbe; nicht ein Sou wird vom Tagelohn raus für geschobhalten,

die in solchen Betrieben beschäftigten jungen Leute und die Kinder, um deren Zahl sich die Angaben von 1891 zu 1892 verringert haben, sind also jetzt noch unendlich mehr als früher der schrankenlosen Ausbeutung in der Haushaltswirtschaft und im Kleingewerbe ausgesetzt.

Und weil dem so ist, und die Novelle zur Gewerbeordnung außerdem noch andere ungeheuerliche Verschlechterungen enthält, hatten unsere Vertreter vollständig Recht, sie konnten und durften nicht anders handeln, als das Gesetz ablehnen: Es ist kein Unternehmerschutzgesetz, sondern ein Unternehmerschädigungs-

Weiter wird in den „Amtlichen Mitteilungen“, wie jedes Jahr so auch für 1892 die alte Klage der Unternehmer von der „Unbotmäßigkeit“ der jugendlichen Arbeiter aufgeworfen: Es heißt auf Seite 75 wörtlich:

„Nicht mit Unrecht wird von allen Seiten über die Unbotmäßigkeit und den schlechten Geist unter den jugendlichen Arbeitern geklagt. Der Mangel an jugendlichen Arbeitern hat vielfach zu einer Lohnhöhe geführt, die zu der der Erwachsenen in keinen Verhältnis steht. Dadurch erhalten die jugendlichen Arbeiter oft ein Übergewicht in der Familie, das jede Autorität der Eltern vernichtet.“

Zuerst interessiert uns der Passus: „Mangel an jugendlichen Arbeitern“. Ja, so kommt denn der „Mangel“ her. Nur daher, daß Haushaltswirtschaft und Kleingewerbe die jugendlichen Arbeiter und Kinder besser ausbauen können, und dem Arbeitsmarkt der Großindustrie diese Arbeitskräfte entziehen, weil in dem Kleingewerbe kein Beamter zur Aufsicht da ist, und keine gesetzlichen Vorschriften die Arbeitszeit regeln. Die Abnahme ist nur in Fabriken vorhanden, in anderen Betrieben aber ist Abnahme zu konstatieren. — Godann „das Übergewicht in der Familie“ und „die hohen Löhne“, die zu denen der Erwachsenen in keinem Verhältnis stehen und „deren Höhe der Grund der Unbotmäßigkeit ist.“ So steht es zum Übergewicht noch mehrmals im Sachregister der „Amtlichen Mitteilungen“. Hier findet ein Fabrikant, der das Buch liest, schon eine triftig begründete Anregung, die Höhe zu herabzusetzen, um der Unbotmäßigkeit zu steuern, den Eltern den kindlichen Gehorsam zu sichern, und das ist doch sicher eine Aufgabe, die so gern der bürgerlichen Moral und — Geldabsatzinteresse entspricht!

Doch weiter. Wenn königliche Beamte Behauptungen aufstellen und diese durch das Ministerium des Innern der Öffentlichkeit übergeben werden, so kann wohl fälschlich Niemand behaupten, daß es sozialdemokratische Mörgeleien sind. Sehen wir uns also die Höhe der Löhne an, welche jene Beamten ermittelt haben. Lange, sehr lange haben wir suchen müssen, bis wir die paar Zahlen in dem dicken und doch so dünnen Buche finden konnten. Man könnte es geradezu unverständlich nennen, weshalb bei Aufnahme einer Statistik über die Zahl der beschäftigten jugendlichen Arbeiter nicht

wie das ja doch sonstwo in anderen Fabriken geschieht.“

„Wie bedeutend ist diese Pension?“

„Nun, das ist auch wieder unterschiedlich; es können 10—15 Francs sein, es können auch 30—40 sein; diese Summe steht wiederum in direktem Verhältnis zum früheren Lohn. Die Compagnie ist es, die dieses Geld jährlich in die Kasse gibt; das ist sehr großzügig von der Compagnie, das muß man sagen.“

Ein unausstehlicher Gestank von Kohlen, Schwefel, Staub und Staub drang beständig aus dem tiefen Schlund heraus, man war in Rauch ganz eingehüllt und fühlte sich dem Ersticken nahe.

„Also“, fing ich wieder an, „die Sache ist die: diese Leute hier, die da geboren sind, in H. Schneider's Schule erzogen werden, verbringen ihr Leben, zwölf Stunden täglich, Sommer wie Winter, in diesem ungeheuren Loch hier unten, wo sie diese verpestete Luft einatmen und sich abheben, und wenn sie hübsch artig gewesen sind und recht brav gespart haben, können sie ihre Tage in einem eigenen Häuschen beschließen mit 20 Francs Pension monatlich!“

Mein Führer sah mich verwundert an, als könne er nicht begreifen, wo ich hinauswolle.

„Je nun“, meinte er begütigend, „es ist immerhin so viel; es ist doch weit besser als nichts, und da man ihnen ja

deren Löhne mit angegeben werden können. Über ach, es liegt nur gar zu nah: So manche Klage, so manche Angabe müßte aus dem Sammelfurium von Beamten- und Fabrikanten-Gesichtern gestrichen werden, wenn eine genaue Lohnstatistik vorhanden wäre! Und dann hätte doch schließlich das Buch für die Regierung den Werth verloren. Was aber war das Resultat unseres Suchens nach der Bobnöhöhe? Die Löhne der jugendlichen Arbeiter steigen von 50 Pfennig bis zur — freilich sehr selten — „Mischenhöhe“ von 1 1/2 — pro Tag!! Dabei müssen freilich die Arbeiter „unbotmäßigt“ werden. Da können sie ja ein Leben führen bei Champagner, Räustern und Gänsebraten. Wenn diese Löhne das wirtschaftliche Übergewicht der Kinder über die Eltern verursachen, dann müssen die Löhne der Eltern so erhöht werden, so lärmmerlich sein, daß Hunger und Elend die ständigen Gäste, Karrenfaffen und Kaffee die Hauptnahrung, elende Paraden die Wohnungen, Lumpen die Kleidung der Arbeiter sind, und damit hätten wir einmal ein außergewöhnliches Bild von der Lage der Arbeiter gegeben.

Nun aber wird die Unbotmäßigkeit noch weit besser beleuchtet auf Seite 69—70 der „Amtlichen Mittheilungen“. Dort steht wörtlich zu lesen:

„Von den Mittheilungen der Jahresberichte über die Zahl und Höhe der erkannten Strafen darfsten namentlich die folgenden interessiren. 20 % gegen den Prokuristen einer Schuhwaarenfabrik wegen der Beschäftigung von 6 jungen Leuten während 11 Stunden täglich; 6 (!) Mark gegen den Direktor einer Eisengießerei wegen Beschäftigung eines jugendlichen Arbeiters während 10 Stunden täglich. 25 % gegen den technischen, 12 % gegen den kaufmännischen Leiter einer Strickmaschinen-Fabrik, ba für 3 Kinder täglich 9—10 Stunden, 7 junge Leute täglich 10%, Stunden beschäftigt und nur 1/4 Stunde Vor- und Nachmittagspause gewährt hatten; 30 % gegen den Direktor einer Dampfsägelei; derselbe hatte vier Kinder unter 14 Jahren täglich 10—11 Stunden und 11 junge Leute 11 Stunden beschäftigt; 5 % gegen den Inhaber einer kleineren mechanischen Zibrnerie wegen Beschäftigung von zwei jungen Leuten am Sonntag mit Maschinenputzen.“

Diese „Strafen“ sind einzig. Man knüpft dem Fabrikanten, welcher es nicht fertig bringt, die „Schulz“ auf Prokuristen und Werkführer zu malzen, Trümpelbar ab von 5—30 %. Wenn die Strafen einen Sinn haben sollen, so müßte zum Mindesten der während der gesetzlich verbotenen Zeit der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter erzielte Profit als Buße eingezogen und entweder den Arbeitern oder Krankenkassen überwiesen werden. Nach heutigen Zuständen wird der Fabrikant erst ausrechnen, wie lange er Arbeiter längere Zeit als erlaubt beschäftigen muß, um das Strafgeld zu verdienen. Das Technische passirt, und welche infame Mittel zum Zweck dem Fabrikantenthum

recht sind, beweist derselbe Bericht, indem er fortführt:

„300 % gegen den Inhaber einer Maschinenfabrik und Eisengießerei; außerdem wurden eine Reihe von Angestellten desselben zu folgenden Geldstrafen verurtheilt: Der Buchhalter 50 %, der Obermeister zu 20 %, ein Kommiss zu 5 %. In dem fraglichen Betriebe waren gegen 20 jugendliche Arbeiter, darunter mehrere unter 14 Jahren mehrere Jahre hindurch fortgesetzt über die gesetzliche Dauer beschäftigt. Auch waren die vorgeschriebenen Pausen im Theil nicht eingehalten worden. Bei Revisionen durch die Ortspolizeibeamten oder Fabrikinspektoren wurden die jugendlichen Arbeiter angewiesen, auf Fragen anzugeben, daß sie den gesetzlichen Vorschriften entsprechend beschäftigt würden — gegen diese war auch auf den ausgehangten Verzeichnissen niemals ein Verstoß zu entdecken — und diejenigen jugendlichen Arbeiter, von welchen ungeschickte Aussagen zu erwarten standen, wurden während der Dauer der Revision weggeschickt. Bei diesem unlauteren Treiben hatten die bestroffenen Angestellten mehr oder weniger mitgeholfen.“

Das sagt der amtliche Bericht. So etwas ist aber nur dann möglich, wenn Polizei und Fabrikinspektoren ihren Besuch bei den Fabrikanten vorher anlündigen. Nunächst muß uns dabei interessiren, wie königliche Beamte ihre Worte zu stellen wissen. Auf der einen Seite spricht man von Unbotmäßigkeit der Arbeiter und wird in sittlicher Entrüstung gemacht, wo es sich um Arbeiter handelt. Auf der anderen Seite wird das gewissenlose Treiben der Fabrikanten mit Worten wie „ungeschickte Aussagen“ und „unlauteres Treiben“ bezeichnet. Es sind aber, daß muß man bedenken, Beamte, welche zur Beaufsichtigung der Fabriken da sind, dafür befördert werden. Und da soll man noch nicht auf den Gedanken kommen, daß die Beamten glauben müssen, mehr zum Schutz der „Industrie“ und der Fabrikanten da zu sein, als zum Schutz der Arbeiter!

Und nun die Fabrikanten. Hätte diese Sippe sich nicht bei dem Fabrikinspektor schwert über das Verhalten der jugendlichen Arbeiter, so könnten seitens der Beamten solche Ausdrücke wie „Unbotmäßigkeit“ nicht fallen. Und wir haben die Fabrikanten in den Verdacht, daß sie den Beamten gegenüber andere Ausdrücke gebraucht haben! Dieselbe Gesellschaft, welche junge Leute und Kinder gegen deren Interesse, nur aus Eigennutz, und zwar dem denkar verwerflichsten zum Lügen anhält, schwert sich über „Unbotmäßigkeit“. Wahrlich, wenn erst zu Tage gefördert werden würde, was Alles geschieht, wenn alle Fabriken revidiert oder wenn erst gar im Kleingewerbe und Haushandels eine Untersuchung vorgenommen würde, so würde man darüber staunen. Freilich müßten, um Alles zu entdecken, Arbeiter und Arbeiterinnen zu Fabrikinspektoren ernannt werden.

nichts am Lohn zurückbehält — — — — — sofort könnte er den Sitz drehen. Was hätte er dann davon? Er müßte anderwo Arbeit suchen, weit weg von hier, und ob man sie findet, ist immer sehr zweifelhaft; oft hält das schwer und wer würde unterdessen die Kinder flittern? Nein, nein, hier verhält sich Alles hübsch ruhig, das dürfen Sie mir glauben.“

\* \* \*

Tags darauf besah ich mir Creusot in allen Einzelheiten.

Es ist mir unmöglich, auch nur annähernd das Gefühl von Schrecken, Beklemmung und Mitleid wiederzugeben, das meine Seele erfüllte bei Besichtigung dieser Höhle.

Einen ganzen Tag lang habe ich die Werkstätten, die sich auf Kilometer weit ausstrecken und die den Creusot bilden, nach allen Richtungen hin durchlaufen.

Meine Bewunderung dieser wunderbaren Organisation, dieser riesigen, gehorsamen Werkzeuge, die 50,000 Kilo schwere Eisenblöcke herstellen in einer Masse so weich wie zu modellierendes Wachs, war bald erschöpft; bald ward ich ausschließlich in Anspruch genommen durch das Menschengewirr, das mich umgab; immer und immer wieder sagte es in mir: Das ist also der „Arbeiter“!

Der Arbeiter ist nicht nur der Mann, dem man auf der Straße begegnet in einer Bluse und dem man möglichst ausweicht, weil man die Folgen seiner

### Aus dem Königreiche Stumm.

Je mehr die Kapitalien anwachsen und sich in einzelnen Hände konzentrieren, desto gefährlicher werden sie der Allgemeinheit. Der Kapitalismus und seine Diener, sie dürfen keine Rücksichtnahme aufkommen lassen gegen Andere, das ist gegen die Tendenz des Kapitals. Die Richtigkeit dieses wird durch Vorgänge, die gegenwärtig dort sich abspielen, wo der Herr v. Stumm seinen Herrschaftsitz hat, und das lebhafteste Interesse der gesamten Bevölkerung wach halten, haarscharf bewiesen. Indem der Alleinherrscher von Neunkirchen als Gouverneur der Arbeiter bekannt (siehe seine Fabrikordnung), auch sonst als Kämpfer der „gemeingefährlichen“ Sozialdemokraten sich herborthet, dürfte die Wiedergabe oben bezeichneten Vorhommisse auch für unsere Freiheit von Interesse sein.

In kurzen Umrissen ist der Sachverhalt folgendermaßen: St. Johann hat vor kurzer Zeit zur Abhilfe seiner Wassernoth einige Quellsgrundstücke im Scheitertal bei Neunkirch erworben und sich mit großen Kosten eine Wasserbeschaffung von dorthin beschafft, die allen Ansprüchen genügt. Der Scheitertalbach, der täglich 80,000 Kubikmeter Wasser liefert, verläßt hierdurch täglich 600 Kubikmeter Wasser. Stumm, durch dessen Werk der Bach fließt, fühlt sich geschädigt und klagt gegen die Stadt St. Johann, obwohl diese ihm die Abhrenleseung für das Wasserwerk übertragen hatte, auf Entschädigung. Die Klagen Stumms werden aber von den zuständigen Instanzen abgewiesen. Doch Stumm gibt sich damit nicht zufrieden. Der Vertheidiger von „Gesetz und Ordnung“ im Reichstage pflegt auf Gesetz und Ordnung und greift zur Selbsthilfe. Er kaufte für ca. 25,000 % Biesen, die an das St. Johanner Quellengebiet grenzen, die vielleicht einen reellen Werth von 5—6000 % haben. Die Stadt St. Johann ist gezwungen, das Gleiche zu thun, sie muß ein Grundstück, für das vor etwa zwei Jahren 60 % gelöst wurden, für 2080 % ankaufen. Stumm beansprucht, von den angekauften Grundstücken aus einen Stollen unter der Straße und der pfälzischen Bahnlinie durch, um das St. Johanner Wasserwerk herumlaufend, anzulegen. Der Stollen sollte der Stadt St. Johann das Wasser absaugen und diese gezwungen werden, sich vor dem Despoten von Neunkirchen zu beugen. Stumm hatte sich die Erlaubnis zur Unterbohrung der Straße und der Bahnlinie bereits erwirkt, doch wurde dieselbe auf die Vorstellungen des Oberbürgermeisters von St. Johann wieder zurückgezogen. Die pfälzische Regierung hat es also gewagt, Herrn Stumm ein Paroli zu bieten, die königl. preußische Regierung in Trier aber, der das Wohl einer preußischen Stadt eigentlich doch mehr am Herzen liegen sollte, hat nicht nur nichts gegen Stumm, nein — sie leitete gegen den Bürgermeister von St. Johann wegen seines Verhaltens gegenüber dem Neunkirchener Allgewaltigen eine Disziplinaruntersuchung ein. Nachdem die Pläne Stumms durch das Verhalten der pfälzischen Regierung durchkreuzt waren, ver-

sucht er jetzt, der Stadt St. Johann auf andere Weise das Wasser zu entziehen. Der St. Johanner Wasserstollen sowohl als der Brunnen haben nach dem Stumm'schen Grundstücke zu leider keine wasserdrückenden Wände. Stumm ließ nun auf seinem Gebiete möglichst nahe an dem St. Johanner Wasserwerk Bohrungen vornehmen und pumpft mittelst starker Maschinen Wasser heraus, hoffend, daß es ihm gelinge, durch die starken Pumpen das sich im Wasserstollen und dem Brunnen der St. Johanner sammelnde Wasser durch das Erdreich hindurchzufließen und sie auf's Trockene zu segeln. Erreicht er seinen Zweck wirklich, so bleibt der Stadt zwar immer noch die Herstellung eines masserdichten Schotts zwischen ihrem und Stumm'schen Gebiete als Rettung übrig. Tatsächlich liegt also die Sache so, daß Stumm, um seinen Willen durchzusetzen, Tausende und Abertausende opfert, ohne auch nur die entfernteste Aussicht auf einen endgültigen Erfolg zu haben.

In noch deutlicherer Weise wird Stumm, der nicht genug getan kann, aber die „Unbotmäßigkeit“ der Arbeiter, der seine Freiheit, „väterlicher Zucht und Ordnung“ hält, durch einen Bericht gekennzeichnet, der uns über eine Bürgerversammlung in St. Johann vorliegt. Verschärfend muß es wirken, daß der Mann, der hier die Manipulationen des Frhrn. v. Stumm-Halberg getreibt, nicht einer jener „Volksverührer“, sondern ein Angehöriger seiner eigenen Klasse, nicht ein „Aufwiegler“, ein „Heizer“, sondern ein Mann der „Ordnung“ war, und zwar war es der Oberbürgermeister von St. Johann selbst, der über die Angelegenheit der Bürgerschaft berichtete. In diesem Berichte heißt es: In einer stark besuchten Bürgerversammlung, die vor mehreren Tagen hier stattfand, handelte es sich vor Allem um die für St. Johann ungemein wichtige Frage des Wasserwerks, das durch die Abgrabungsversuche des Frhrn. v. Stumm-Halberg geradezu gefährdet ist. Die Versammlung verließ mit einer großartigen Vertrauenskundgebung für den Bürgermeister Dr. Neff und damit zu einer scharfen Verurtheilung des Vorgehens der Halberger Hütte. Dr. Neff setzte in nahezu zweitständiger Weise die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Wasserwerksfrage in klarer und sachlicher Weise auseinander. Er hob zunächst hervor, wie St. Johann in der Nähe der Stadt keine genügenden Wassermengen hätte finden können und schließlich durch die Not gezwungen gewesen wäre, die 10 Kilometer von hier gelegenen Quellen bei Neunkirch, nahe an der bayerischen Grenze, zu erwerben, und bez. sich die Gesamtkosten der Anlage auf 600,000 % belaufen hätten. Die Firma Rudolph Böcking u. Co. am Halberg, an der Frhr. v. Stumm bestellt ist, habe im Jahre 1891 Verwahrung gegen die Entnahme des Wassers aus den Neunkirch'schen Quellen eingelegt, allein St. Johann bestreite für seine Anlage den vollen Schutz des Rechts, da das Reichsgesetz 1886 klar entschieden habe, daß jeder Besitzer eines Grundstücks freie Verfügung über die Wasseradern habe, die sich auf

Höllenleben! Nie genießen diese Aermsten den Frieden der Natur, nie ruhen sie an den Ufern des blauen Sees, nie schauen sie die grünen Berge, nie atmen sie die Frische der Wälder ein, nie träumen sie im Schatten ihrer Bäume, während über ihnen der Vogel singt. Sie wissen und ahnen nichts von dem, was außerhalb des Kreises das Leben der kleinen so schön, so angenehm macht, von all' dem, was die Kapitalisten genießen. Und warum? Ja, warum? Weil ein Tag ohne Arbeit für sie ein Tag ohne Lohn, ein Tag ohne Brod ist! Weil sie viele Kinder haben und weil ihre Väter ebenfalls arm waren!

Ist das recht? Ist das Gerechtigkeit? Und ich nahm mir vor, die Kapitalisten darüber zu befragen.

Dann, als ich lange genug das Vorlesen dieser Elenden beklagt hatte, sagte ich mir, daß es ja doch auch solche Arbeiter geben müsse, daß dies unvermeidlich sei, daß, wenn diese nicht da arbeiteten, ich vielleicht an ihrer Stelle stände, ich, ja ich, ich wäre dann jener Puddler, der dort mit dem nackten Oberkörper vor dem glühenden Ofen steht und mit seiner gewaltigen Faust lange Stunden lang in der Glut herumstochert — — — Ja, das wäre ich! Aber mir will scheinen, daß ich revoltieren würde!

Und ich beschloß, die Arbeiter zu fragen, warum sie nicht revolten. (Schluß folgt.)

seinem Eigentum befinden. Auf dem Wege des Rechts könne daher die Firma Böcking u. So. selbst dann nichts gegen St. Johann erreichen, wenn sie durch das Wasserwerk bedeutend geschädigt worden sei. Dieser Fall liege aber durchaus nicht vor, trotz der gegenläufigen Behauptungen im „Gau-Brücker Gewerbeblatt“, denn es sei ähnlich, und zwar durch einen Bergbeamten aus Zweibrücken, erwiesen, daß der Scheiterbach, auf den die Halberger Hütte angewiesen ist, täglich 84,000 Kubikmeter Wasser führe und daß diesem durch die St. Johanner Wasserleitung täglich nur 800 Kubikmeter, also kaum  $\frac{1}{4}$  Prozent, entzogen würden. Von einer Erfärbung der Fabrik, von dem Brodloswerden laufender von Arbeitern und wie die übertriebenen Behauptungen alle lauteten, könne also gar keine Rede sein. Das Vorgehen der Firma, die auf dem Wege der Selbsthilfe und zwar durch Abgrabungen und Anlage von Dampfpumpen ein zur Befriedigung eines öffentlichen Bedürfnisses errichtetes Wasserwerk vernichten wolle, sei unerhort und illoyal, und es sei sehr begehrlich, daß sich der Regierungspräsident v. Kuer in Speier auf die Seite St. Johanns gestellt habe und eine der Firma bereits ertheilte Busage zur Unlegung eines Stollens unter der bayerischen Staatskrone sofort zurückgezogen habe, nachdem er über die wahre Sachlage aufgeklärt worden sei und St. Johann durch jenen Beamten den Beweis geliefert habe, daß eine kaum nennenswerthe Verminderung der Wassermengen in dem Scheiterbach eingesetzt sei. Im gleichen Sinne sei der Direktor der Wälzer Eisenbahnen v. Daballe in Ludwigshafen vorgegangen und habe in den letzten Tagen eine ebenfalls der Firma schon ertheilte Erlaubnis, einen Stollen durch den Eisenbahndamm hindurchzulegen, wieder zurückgenommen. Hätte die Stadtverwaltung von St. Johann ahnen können, daß die Halberger Hütte überhaupt einen anderen Weg als den des Rechts (1) gehen würde, so hätte sie dieser gewiß nicht die große Abbrunnsierung für den Betrag von 100,000 M. übertragen. Wenn auch beim Namen nach die Firma Rud. Böcking u. So. den Kampf führe, so sei es doch ganz zweifellos, daß man es in der Hauptsache mit Freiherrn v. Stumm zu thun habe. Dies sei ihm, dem Bürgermeister, der gerne die großen Verdienste Stumms anerkenne und mit ihm dieselben politischen und wirtschaftlichen Gesinnungen teile, besonders heimlich und er wisse bedauern, wenn ein Mann, der immer gegen die Elemente anstrengt, die den Kapitalismus als das Uebel der Zeit hinstellen, wenn dieser, wie er beweise, sein Kapital mißbrauche. (1) Zum Schlusse macht Redner auf die schweren Folgen aufmerksam, die ein völliges Stillstand der Abgrabungen für St. Johann nach sich ziehen könne und es erscheine ihm unglaublich, daß Frhr. v. Stumm eine solche Verantwortung auf sich nehmen würde. — In einer einstimmig angenommenen Resolution spricht die Versammlung den pfälzischen Behörden ihren Dank aus für „die wirksame Inschuznahme der gefährdeten öffentlichen Interessen gegenüber den Wasserabgrabungsversuchen der Firma Böcking u. Comp.“

Weich' ein „Bliespalt der Natur“. Im Reichstage der schneidigste Vertreter von „Bildung und Moral“ gegenüber der „ungebildeten Masse“, der Hüter für „Gesetz und Ordnung“, der sich so gern aufspielt als der Wohlhüter seiner Arbeiter, selber ganzen Domäne, hier sagt er sich nicht beim Gesetz, er stellt sich über dasselbe, unabhängig, unumstrickt. Als treuer Priester des Starmos kann er nicht anders, er muß unanachäglich vorgehen, unbefüllt um das Gemeinwohl. Ihm liegt die Aufgabe ob, den Besitz zu vergrößern und der Kapitalismus kennt keine Rücksicht. Dieser Vorhang wird Manchem die Augen öffnen über die Schädlichkeit des privaten Kapitals; das Verhalten des König Stumm kann nur uns, den Sozialdemokraten, denen er den Kampf bis auf's Messer angekündigt hat, von Nutzen sein.

## Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit.

Dass die gewerkschaftlichen Organisationen nur schwer eine Verkürzung der Arbeitszeit erreichen und die verkürzte Arbeitszeit nicht zu halten vermögen, wenn ihnen die Gesetzgebung nicht zu Hilfe kommt, scheint nun mehr auch bei den Hirsch-Düncker'schen Gewerkschaften immer mehr begriffen zu werden. Im Vorstand dieser Organisationen wurde der Antrag eingereicht, daß eine Petition an die Regierung zu richten sei, dahingehend, daß in allen Staatsbetrieben die Arbeitszeit auf 8 Stunden pro Tag verkürzt werden solle. Die Debatten über diesen Antrag, die während mehrerer Sitzungen des Vorstandes sich hinzogen, waren nach den Berichten, welche der „Gewerkschaften“ darüber gebracht hat, äußerst interessant. Ein Vorstandsmitglied verlangte, daß die achtstündige

Arbeitszeit nicht nur für die Arbeiter in Staatsbetrieben, sondern auch für die Arbeiter in Privatbetrieben verlangt und gesetzlich festgelegt werden solle. Davor aber wollten die Herren im Vorstand, welche das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte in der Gesellschaft als Prinzip aufstellen, nichts wissen. Als gewichtiges Argument gegen eine solche Forderung wurde angeführt, daß ein solches Vorgehen sozialdemokratisch sei. Das ist nun allerdings schrecklich. Über der Antragsteller blieb bei seiner Meinung, selbst auf die Gefahr hin, als ein Sozialdemokrat verschrien zu werden. Die ganzen Ausinandersetzungen bewiesen, daß die Partei der Hirsch-Düncker'schen Gewerkschaften zum Theil mit der bisherigen Haltung der Organisationen nicht mehr zufrieden ist. Man scheint einzusehen, daß es mit der Harmonie der Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern doch ein eigen Ding ist, und daß der Arbeiter bei dieser Harmonieseligkeit immer den Nutzen zieht. Schließlich aber gelang es dem Anwalt der Gewerkschaften, dem Herrn Dr. Max Hirsch, den Vorstand dahin zu bestimmen, daß die Ausarbeitung der Petition dem Anwalt überlassen werden solle. Nun mehr ist diese Petition auch im Reichstage eingehoben; aber das, was der Antragsteller im Vorstand der Gewerkschaften gewollt hat, blieb kaum darin enthalten sein. Während dieser wünschte, daß eine Regelung der Arbeitszeit, resp. die Verkürzung der Arbeitsdauer auf 8 Stunden pro Tag für die Staatsbetriebe direkt gefordert werden solle, wird zunächst einmal eine statistische Feststellung der Arbeitszeit und der Individuallöhnne erbeten. Wir wollen die Petition nachstehend im Wortlaut wiedergeben. Sie lautet:

„Der hohe Reichstag wolle den Herrn Reichskanzler ersuchen, dahin zu wirken, daß in den Betrieben des Reiches und der Bundesstaaten

1. Eine Statistik über die gesamten Arbeiterverhältnisse, namentlich über die Dauer der täglichen Arbeitszeit nach Arbeiterkategorien, mit besonderer Berücksichtigung der Überstunden, der Nach- und Sonntagarbeit; über die gezahlten Individuallöhne, die Frachten und Tage der Lohnzahlung bezw. Abschlagszahlung und Abrechnung; über Zahl und Alter der neu beschäftigten und wieder eingestellten und der entlassenen Arbeiter, nebst den Gründen der Entlassung — nach gleichartigen Formularen schleunigst und alsdann in regelmäßiger Weise erhoben und dem Reichstage vorgelegt werde;
2. eine tägliche Arbeitszeit von höchstens neun Stunden, für Bergwerke und andere gesundheitsschädliche Betriebe bezw. Beschäftigungen von höchstens acht Stunden, sowie wöchentliche Lohnzahlung, mindestens aber Abschlagszahlung eingeführt werde;
3. bei der zeitlichen Eintheilung der Arbeiten wesentlich darauf Rücksicht genommen werde, daß die Arbeiter dauernd das ganze Jahr hindurch beschäftigt und in Beeten der Arbeitsmöglichkeit nicht Verminderung, sondern, soweit irgend möglich, Vermehrung der Arbeiterzahl erfolge.“

Mit dem zweiten und dritten Theil der Petition kann man sich einverstanden erklären, wozu ist aber bei der Sache noch erst die Annahme einer Statistik erforderlich? Die Lage der Arbeiter in den Staatsbetrieben ist doch ausreichend bekannt. Die Arbeitszeit der Eisenbahn- und im Postdienst beschäftigten Arbeiter beträgt 12 bis 14, oft noch mehr Stunden des Tages. Da bedarf es keiner Feststellungen, sondern es ist dringend geboten, daß diese Arbeitszeit verkürzt wird. Der Staat soll nicht die in seinen Betrieben beschäftigten Arbeiter mehr ausdeuten, als dies in den Privatbetrieben geschieht. Deswegen muß er vor allen Dingen mit gutem Beispiel vorangehen. Aber gerade das Gegenheil ist der Fall. Nicht nur daß in den Staatsbetrieben die Arbeitskraft am meisten ausgenutzt wird, nein, man macht es den dort beschäftigten Arbeitern zur Unmöglichkeit, bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen, indem man ihnen verbietet, sich zu organisieren. Abhilfe ist da dringend geboten.

Wird sie durch diese Petition kommen? Schwerlich. Selbst wenn sie Annahme findet, dann würde über die statistischen Feststellungen soviel Zeit vergehen, daß wir auf diesem gewöhnlichen Wege kaum zu einer Regelung der Arbeitszeit in den Staatsbetrieben kommen würden. Über all' die schönen Bitten und Vorstellungen werden bei der Regierung wenig Erfolg haben. Da hilft nur eines, die Macht der Arbeiterklasse stärken. Nur dem Druck der Arbeiterbewegung wird nachgegeben werden. Dieser Druck wird aber durch Bitten und Vorstellungen nicht erzeugt. (Correspondenzblatt.)

## Korrespondenzen.

### Former.

Limbach i. Sachsen. Former gibt schriftlich aus Nr. 6 vorz. „Met. Arb. Blg.“ erstmals, wurden die herrschenden Nebenstände in der Eisengießerei des Herrn Louis Banger in geringem Maße vorgeführt. Der Grund dazu war die Maßregelung eines Kollegen, die uns zwang, die Arbeit niedergulegen. Souach fand am 18. Februar eine Versammlung der Metallarbeiter statt. Der Vertrauensmann gab den Bericht über die Einigungsversuche, bei welchen er persönlich mit Herrn Banger verhandelt hatte, bekannt. Letzterer hat sich dahin ausgesprochen, daß er unter keinen Umständen einen Ausständigen wieder beschäftigen will. Es mag sich daher ein jeder Kollege dafür halten, in die Faile des Herrn Banger zu gehen, indem dieser beim Unnonnen immer einen außergewöhnlich hohen Lohn (20—25 M.) als Lohnspalte hinstellt. Nach Einsicht der Lohnabelle finden wir folgende Löhne vom 1. Januar bis dato vergütet: 1,88, 4, 8, 19, 9, 11, 1,80, 12, 8, 18, 16, 14, 4, 8, 8, 2,50. Zu erwähnen ist noch, daß ein Kollege drei Wochen lang gar nichts verdient hat, weil er Ausschuss hatte. Selbiger schreibt mit den Löhnern einverstanden zu sein, indem er weiter arbeitet. Gleichzeitig wurde eine Deputation gewählt, welche nochmals mit Herrn Banger unterhandeln soll. Zu unterstützen sind noch 5 Kollegen. Haltet Zugang fern!

Stockerau. Der Streit der Gießer, Former und deren Hilfsarbeiter der Firma S. Weipert-Söhne in Stockerau, Niederösterreich, dauert nun schon seit 7. Februar an und ist der Kampf ein sehr schwerer, da Fabrikant und Polizei redlich bemüht sind, und eine Niederlage zu bereiten. Über alle derartigen Versuche prallen an dem solidarisch musterhaften Vorgehen der Streikenden fruchtlos ab. Trotzdem die Modelle der Firma schon ganz Österreich durchkreisen, kann sie wieder ganz unverfehrt zurück, ohne daß dem armen Fabrikanten geholfen worden wäre. Genossen! Haltet die Augen auf, Ihr könnet eines Tages mit den Modellen dieser Bude beehrt werden! Alter Zugang ist auf's Strengste ferne zu halten, und werden sämtliche arbeiterfreundliche Blätter um Abdruck dieser Zeilen gebeten. Adresse: Joseph Odtrell, Stockerau, Bahngasse 11, in Niederösterreich.

Mit kollegialem Gruß

Das Lohnkomitee.

### Giebgeicker und Görtler.

Hamburg. In der Mitgliederversammlung der Sektion der Giebgeicker, Görtler und Schleifer am 7. Februar wurde zunächst der Jahresbericht erstattet. Die Abrechnung ergab folgendes Resultat. Einnahme der Hauptkasse: M. 592, Lokalkasse: M. 397,50, Unterstützung an Streik M. 237,80. Summa: M. 1227,30. Einnahme der Lokalkasse: M. 897,50, Ausgabe M. 892,72, bleibt M. 4,78. Die Mitgliederzahl ist 110. Als dann wurde der Vorschlag der Klempner, zur Kommission des Arbeitsnachweises von unserer Sektion 3 Mann zu wählen, einstimmig angenommen. 8. Punkt: Bericht vom Gewerkschaftskartell. Der Fall Meier erregte eine weitgehende Debatte, da gerade er als Vertrauensmann so leichthin der Strafe entgangen ist, trotzdem er die Arbeiter auf solche Art und Weise hintergangen. 4. Punkt: Sommervergängen. Dazu wurde der erste Sonntag im Juli, sowie das Datum des Herrn Hänsel in Stellung genommen einstimmig angenommen. 5. Punkt: Zentralherberge. Dieser Punkt soll nochmals auf die Tagesordnung kommen. 6. Punkt: Streik der Nürnberger Former. Kollege Alex machte besonders darauf aufmerksam, die vier ausgelegten Sammelstellen recht bald weiter zu verstreuen, und fleißig darauf zu zeichnen.

### Metall-Arbeiter.

Hagen. Am 11. Februar fand hier eine Mitgliederversammlung des D. M.-V. statt, deren Besuch sehr viel zu wünschen übrig liest, indem nur 8 Mitglieder anwesend waren. Einer solchen Lautheit muß geäußert werden, es muß sich jedes Mitglied zur Pflicht machen, die Versammlungen zu besuchen. Es ist nicht genug, wenn man Mitglied des Verbandes ist, in Arbeit tritt und sich anmeldet und erst dann auf den Verband zurückkommt, wenn die Herrlichkeit der Arbeit vorbei ist und man wieder auf die Walze geht.

Werlohn. Die Vesper der „Met. Arb. Blg.“ werden sich noch eines Falles erinnern, welchen wir seiner Zeit über die Maschinenfabrik Dahlhaus berichteten. Gest gest haben wir eine Wiederholung. Dasselbe war der Schlosser Adolph B. beschäftigt. Den selben wollte Herr Dahlhaus zwingen, bei Wind und Regenwetter auf dem Hofe zu arbeiten und zwar für einen Akkordlohn von 75 M. für 1000 Pfund Eisen zu sprengen. Nachdem die ganze Han-

Dahlhaus dem Schlosser B. nicht gefiel, kläigte derselbe ganz einfach. Das sahen allerdings dem guten Mann nicht zu passen, denn er ließ durch seinen Meister Gauerland den B. fragen, warum er eigentlich aufhören wolle. Dieser gab ganz einschur zur Antwort, die Bezahlung in dieser Fabrik gefalle ihm nicht. Als der Tag der Entlassung kam, war auch der Tag der Rechte für Herrn Dahlhaus gekommen. Derselbe machte dem Gewindbohrer, welcher den B. Ende November vorläufig abgebrochen ist. Wie lassen die Rechnungsbücher folgen: 1 Stück Palettenwickelvögel M. 8,00, Formatur des selben 20 M., Bestellporto 5 M., Porto der Postanwendung 20 M., Sa. M. 4,25. Nun können doch die Werlochner sehen, wie man alsinlich eine große Fabrik bekommt, worüber sich schon Männer gewundert hat. Erstens nennt Herr D. M. 2,50, welche er einem Schlosser gibt, einen guten Lohn, und zweitens hat er durchaus kein Missio bei Herstellung seiner Werkzeuge. Lebrigens zeigt diese ganze Handlungswise des Herrn Dahlhaus, weshalb Werkstatt derer ist. Wenn derselbe den zerbrochenen Wohrer abziehen wollte, so mußte er es bei der nächsten Lohnzahlung tun, und nicht warten bis der Arbeiter aufhört. Lebrigens klagen die sämtlichen Arbeiter über die Grobheiten des Herrn Dahlhaus. Nun, derselbe hat sich schon selbst darüber gewundert, daß sich die freuden Arbeiter gar nicht lange bei ihm halten. Deshalb mögen sämtliche durchreisende Kollegen die Firma meiden. Die Kollegen, welche hier durchreisen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß Werlohn jetzt eine Bahnhof ist, die Fleckunterstützung wird bei Wirth August Neidick, Friedrichstraße, ausbezahlt, dort können auch die durchreisenden Kollegen übernachten. Der Arbeitsnachweis befindet sich ebenfalls dorthin. Die Kollegen werben ersucht, das Umschauen möglichst zu unterlassen.

Köln. Am Sonntag, den 18. Februar hielten die Filialen Köln, Ehrenfeld und Mühlheim (Köll war nicht erschienen) eine kombinierte Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde über die Frage: „Wie verhalten sich die umliegenden Filialen zu dem in Köln bestehenden Lokalfonds?“ verhandelt. Um den noch nicht unterstützungsberechtigten oder schon ausgesteuerten Kollegen wenigstens Schafgeld geben zu können, haben wir einen Lokalfonds gegründet, wozu jedes Mitglied monatlich 5 M. Beitrag zu leisten hat. Hierbei sollten uns die umliegenden Filialen, welche doch durch die Fleckunterstützung gar nicht in Anspruch genommen werden, finanziell unterstützen. Nach längerer Debatte, in welcher Kollege Seeger sehr warm dießen Beitrag befürwortete und Koll. Franz-Mühlheim besonders hervorhob, daß der Verband eher dafür sorgen sollte, daß die ansässigen Kollegen, welche nicht auf Fleck gehen, auch einen wertvollen Nutzen vom Verband erzielen, kam man zu dem Schluß, daß die einzelnen Filialen diesen Punkt unter sich zu besprechen, und hierüber in der nächsten kombinierten Versammlung Bericht zu erstatten haben. Der zweite Punkt: „Neuwahl der Agitationskommission“, wurde auf die nächste Versammlung vertagt. Koll. Schneider legte den Kollegen an's Herz, bis zur nächsten Versammlung die Frage: „Wie agieren wir am besten?“ gründlich zu ventilieren, woran Koll. Franz die Erklärung gab, daß dies in Mühlheim bereits gleich nach Erscheinen der Nr. 47 der „Metallarbeiter-Zeitung“ geschehen sei und sei man dort zu dem Ergebnis gekommen, wenn der Verband so stark werden sollte, wie er sein möchte, unbedingt für die verheiratheten ansässigen Kollegen etwas geschaffen werden müsse, und müsse sich unsere Generalversammlung eingehend mit diesem Punkt befassen. Koll. Schneider erwiderte hierauf, daß wir uns damals auch dahingehend ausgesprochen hätten, man möchte eine Arbeitslosenunterstützung einführen, denn die erste Frage, welche ein radikalierter Kollege an einen richte, wenn man ihn auffordere, dem Verband beizutreten, sei: „Ja, was bietet mir denn der Verband für meine Beiträge?“ und müsse man ihm leider sagen: „Für die Verheiratheten nicht viel!“ Es sei eben das Treurige, daß die Arbeiterklasse in dieser Beziehung meistens aus Materialisten besteht und daß so wenig Idealisten darunter seien, und von diesen glauben noch die Meisten, daß die gewerkschaftliche Bewegung wenig oder gar keinen Zweck habe. Doch habe er die Agitation in diesem Sinne nicht gemeint, sondern auf welche Art und Weise wir nach Angen hin vorgehen sollten, sei es durch Flugblätter, öffentliche Versammlungen, Vorträge u.s.w. Als Ort für die nächste kombinierte Versammlung wurde Köln bestimmt, und sollen die Filialen Brühl und Siegburg ebenfalls dazu eingeladen werden. In derselben soll ein Vortrag gehalten werden, wozu Köln einen Referenten zu stellen hat. Im „Beschöffenen“ warf Koll. Giesen die Frage auf: „Wie stellen wir uns zu dem in Büchrich stattfindenden internationalen Ar-

Weltkongress?" Er glaubt, daß dort der D. M. B., aber, wenn dies nicht ist, die deutschen Metallarbeiter durch einen oder zwei Delegierte vertreten sein müßten. In Anbetracht der vorgelesenen Zeit wurde dieses Thema ebenfalls auf die nächste Tagessitzung gelegt. Kollegen! Ein Ende liegt es nun, dafür zu sorgen, daß die nächste kommunistische Zeit am Rande, welche gleich nach den Gewerbegelehrtenwahlen, also Ende März oder Anfang April stattfindet, einen starken Besuch aufzuweisen hat.

**Lechhausen.** Am 11. Februar hielt die Filiale Lechhausen des D. M. B. ihre Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagessitzung stand: 1. Wie karten wir unsere Organisation? 2. Verschiedenes. Der referierende Kollege sprach sich zunächst über den agitatorischen Werth der großen öffentlichen Versammlungen aus, er meinte, daß die Agitation der einzelnen Kollegen im Gesamtheit von größerem Werthe sei. Auch sollen die organisierten Kollegen durch das feste Zusammehalten und gegenseitige Aushelfen im Geschäft den Unorganisierten ein gutes Beispiel geben, und dieselben veranlassen, sich uns anzuschließen. Godann erläuterte er die unorganisierten Arbeiter überhaupt einer Kritik und stellte fest, daß meistens die schlechten und boshaftesten Arbeiter unter denselben zu finden seien. Weiter erklärte Referent dann noch die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation und wies dabei auf den Fehler hin, durch welchen wir das Solidaritätsgefühl der Augsburger Firma verschwendet haben. Kann betont werden noch, daß zur Bekämpfung der gewerkschaftlichen Organisation die Theorie der sozialistischen Mitglieder derselben an allen Versammlungen, Vorträgen etc. unbedingt erforderlich ist, sodass tüchtige Repräsentanten herangezogen werden, was zur Stärkung und Bekämpfung der Organisation immerhin die Hauptfahne bleibe. Hiermit schloß Redner seinen Vortrag. Bei der hierauf folgenden Diskussion erklärten sich mehrere Kollegen, entgegen der Ansicht des Referenten, daß für große öffentliche Versammlungen, und wurde beschlossen, in Lechhausen in Zukunft eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einzuberufen mit der Tagessitzung: „Zweck und Augen der gewerkschaftlichen Organisation, nebst genauer Darlegung des Formenstreiks," nachdem zuvor ein diesbezüglicher Aufruf in der „Volkszeitung" für Augsburg und Umgebung erlassen worden wäre. Im „Verschiedenen" wurde zuerst der Antrag eines Kollegen angenommen, hingehend, die Mitgliederversammlungen den Sommer über Samstage abzuhalten. Dann wurde, nachdem es Referat für die nächste Versammlung aufgestellt worden war: „Die Streiks des Unternehmens und der Zeitzeit", die Versammlung geschlossen.

**Mannheim.** Am 16. Februar fand hier eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Genosse Reil über das Thema „Privateigentum" referierte. Redner führte etwa Folgendes aus: Unsere Rechtsverhältnisse zerfallen in zwei Theile, in das öffentliche und das private Recht, welches letztere sich auf Verwaltung-, Verkaufs-, Erbbauchs-, Vermietungs- u. dgl. Angelegenheiten erstreckt. Das Obligationenrecht oder Vertragrecht ist der für die gesellschaftlichen Beziehungen zu einander wichtigste Rechtstitel. Auf G- und dessen werden die Beziehungen der Arbeiter zum Unternehmer, der Räuber zum Beute, der Mieter zum Vermieter geregelt. An den Rechtsverhältnissen, die nur natürlich der Ausdruck der wirtschaftlichen Beziehungen sind, liegt es, bez. der Bezieher des Hauses, der Betriebsgenossenschaft, der Produktionsmittel einen bestimmenden Einfluss auf den Wirkungsgrad ausübt, der in irgend welcher Beziehung zu ihm steht. Letzter betrachtet heute noch ein großer Theil der Volksmassen diese traurigen Vergütungen als unantastbar, und selbst geschichtskundige Vertreter der Bourgeoisie suchen diese Meinung zu kräftigen. Sie bedauern nur, daß sie nicht noch die Gegebenheiten, die bis jetzt noch Gemeingut aller sind, wie die Luft, sich aneignen und in Sich verwandeln können. (Es sind aber eine ganze Vielzahl Kurzurteile dem arbeitenden Proletariat ungünstig gemacht. Anmerkung des Berichterstatters.) Wir wissen, daß das Privateigentum sich nach und nach entwidelt hat, daß in der Urzeit der Grund und Boden allen Menschen gehörte. Wie die Produktionsepochen sich einander abfolgen und keine derselben ewig bestanden hat, vielmehr auch die jetzt herrschende das Resultat einer Jahrtausende langen Entwicklungsperiode ist, so ist auch die heutige Eigentumsform das Produkt einer langen Entwicklungskette. An der Hand des Entwicklungsganges im römischen Reich und den germanischen Ländern zeigte der Vertragende, wie der ursprüngliche Kommunismus so nach und nach zur heutigen Gestalt der Eigentumsverhältnisse umgewandelt hat. Naumentlich ersten trugen durch urgeschichtliche Krise zur Beschleunigung dieser Umgestaltung bei. Nach die politische Krise, deren ungebührliche Regierung das Privateigentum bekämpft,

wurde nicht nur Befürworterin desselben, sondern eignete sich selber große Metallarbeiter an. Die Kaufmänner und später die modernen Bourgeoisie betrieben das Entwicklungsunternehmen im großen Stile. Was sie sich über eigneten, war sein Kollektiveigentum wahr, sondern das Privateigentum des kleinen Mannes, des Handwerkers. Und heute besteht das Privateigentum nur deshalb, weil es für die überwiegende Volksmechheit nicht besteht. Bei der von der sogenannten Arbeiterbewegung aufgestellten Forderung handelt es sich nicht um Verwandlung ihresgleichen Privatbesitzes in gesellschaftliches Eigentum, sondern das in letzter Form umzugestaltende Eigentum ist gesellschaftliches Eigentum, das sich in wenigen Unternehmen unrechtmäßiger Weise befindet. Wollten die Vertreter der heutigen Gesellschaft in Wirklichkeit das Privateigentum schaffen, so müßten sie sich gegen die Expropriation, die durch das Großkapital vollzogen wird, erklären; sie müßten ferner für den Arbeiterszug sein, durch den das einzige Eigentum des Arbeiters geschafft werden kann. Das thun sie jedoch nicht, weil es ihre Souveräninteressen schwächen würde. Die Arbeiterklasse wird diese sich gestellten Aufgaben aus eigener Kraft durchführen und dadurch Zustände herbeiführen, unter denen die Arbeit zur Ehre für die gesamte Menschheit wird. Reicher Erfolg lohnte dem Stedner für seine interessanten Ausführungen. An der darauffolgenden Debatte beteiligte sich nur der Kollege Debensdäger. Es gab alsdann der provisorische Vorsitzende, Kollege Höschag, bekannt, daß der ehemalige Vorsitzende, Kollege Schuckert, eingetretener Umstände halber habe abreisen müssen und hat die Versammlung einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Gewählt wurde der Kollege Christian Schneider, vierter Querstraße Nr. 5, 4. St. Es folgte hierauf noch der Bericht über die letzte Delegierten-Versammlung. Röhl, Röding teilte mit, daß die letzte Versammlung zuerst mit dem Nürnberger Formeister als beschäftigt gefaßt: Sollte dies Gericht von der Beendigung des Streits auf Unwahrheit beruhen, so erklären sich sämtliche Gewerkschaften solidarisch mit dem Nürnberger Formeister. Zum zweiten Punkt sei die Frage der Beisitzerkommission angeschnitten worden. Hier ist Röding der Meinung, daß es besser sei, die Kommission auf sieben Personen zu vergrößern, damit auch jede Industrie darin vertreten sein könne, wodurch man über die Beisitzer eine schärfere Kontrolle ausüben kann. Im Grunde sei, Emmerich, Höschag und Debensdäger sind entgegengesetzte Meinung; es würde hierdurch ein zu großer Apparat geschaffen, der zu langsam arbeite. Auch würde dann die Disziplin gefährdet werden. Es spricht die Versammlung den Wunsch aus, die Kommission mit fünf Mitgliedern zu belassen. Nachdem dann noch beschlossen wurde, am Samstag, den 10. März, ein Begegnen abzuhalten, wurde die Versammlung geschlossen.

**Oberndorf am Neckar, Württemberg.** Kollegen, da etwa Ende März die Woffenfabrik Mauser den Betrieb wieder aufnimmt, so stellt die Ortsverwaltung Oberndorf des D. M. B. an alle Zahlstellen das Ersuchen, tüchtige organisierte Kollegen hier zu direktieren; jedoch sollen die zugereisten Kollegen, ehe sie um Arbeit nachsuchen, sich im Lokal „Sonne", bei unserem Bevollmächtigten erkundigen. Ganz besondere Gründe veranlassen uns zu dieser Maßregel.

**Stettin.** Die heutige Verwaltungsstelle hielt am 20. Februar eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Auf der Tagessitzung stand zunächst Verwaltungsbericht, Kollege Schmidt verlas denselben. Danach stand im vergangenen Jahre 1888 Mitglieder der Zahlstellen beigesetzten, da sind zugereist, vom dänischen Verband 4 und vom Berliner Verband 1 Mitglied übergetreten, gestrichen nach § 8 Abs. 6a sind 119 Mitglieder, abgereist 50, freiwillig und durch Tod ebenfalls je ein Mitglied ausgeschieden. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1875 gegen 217 im Vorjahr, heute zählt unsere Zahlstelle 801 Mitglieder. An Versammlungen wurden 15 Mitglieder, zwei wesentliche und zwei außerordentliche Versammlungen und 14 Zahlstellende abgehalten. Den Kostenbericht erhielt Kollege Gossow. Danach ist im vergangenen Jahre die Einnahme £ 2161,71, der eine Ausgabe von £ 1945,49 gegenüber steht, wodurch bleibt am Schluß des Jahres ein Bestand von £ 218,22. An Reiseunterstützung wurde im Jahre 1898 £ 612,40 gegen £ 528,89 im Vorjahr ausbezahlt. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und dem Kassirer Deßarge ertheilt. Die Abrechnung vom Wintervergnügen ergab eine Einnahme von £ 143, Ausgabe £ 89,70 bleibt wodurch ein Überschuss von £ 53,30. Der Überschuss wurde dem Kassirer überreicht. Ein Bertrag, die gesuchten Mitglieder nach jeder Abrechnung zu verlesen, wurde angenommen.

**Erlangen.** Am 11. Februar fand im Gasthaus zur Post eine öffentliche Metallarbeiterversammlung bezüglich Gründung einer Filiale des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes statt. Genosse Gustaf aus Hornberg referierte über „Zweck und Nutzen des Verbandes." Er forderte die Anwesenden auf, der Organisation beizutreten, und erklärte die Ausbeuter des Kapitalismus. Genosse Gustaf brachte in seinem Referat die lauernden Zustände in der Gebrüder Eickelschen Fabrik zur Sprache. Wenn ein Arbeiter in dieser Fabrik in 14 Tagen mehr als 40 £ verdient, so wird abgezogen; kommt ein Arbeiter bei Beginn der Arbeit 5 Minuten zu spät, so wird er mit 2 £ bestraft. Referent verfasste von drei Arbeitern 14-tägige Lohnzettel: 1.: 11 £ 95 £; 2.: 21 £ 65 £; 3.: 22 £ 18 £. Damit soll ein Arbeiter mit Familie in einem Kurorte, wo Alles teurer ist wie anderswo, anständig leben. Beim sagte ein Vorarbeiter in dieser Fabrik zu einem Arbeiter, der gefeuigt hatte, der Arbeiter sollte in 14 Tagen nicht mehr verdienen als 28 £, das sei genug. Dieser Herr Vorarbeiter verdient täglich 6 £. Referent führte besonders an, daß in dieser Fabrik noch die meisten Angestellten und Schmeißer seien. Er bedauerte die Arbeiter, daß sie so wenig zahlreich in der Versammlung waren. Genosse Simon ließ eine Liste unter den Anwesenden befußt Einzelangabe in den Verband einkalkulieren, worauf eine Filiale gegründet wurde.

### Schlosser u. Maschinenbauer.

**Gimbittel.** Die Mitgliederversammlung des D. M. B., Sektion der Schlosser, Maschinenbauer und Dreher, tagte am 17. Februar im Lokale des Herren Teiss in Gimbittel. Zum ersten Punkt der Tagessitzung erhält Herr C. Müller, Naturheilkundler, zu seinem Vorlage über „Darwinismus und Vegetarismus" das Wort. Redner erklärte, daß der Vegetarismus weder eine religiöse Frage sei, noch, wie behauptet wird, Entzehrung predige. Referent legte an der Hand der Darwin'schen Entwicklungstheorie klar, daß der Mensch von Natur kein Fleischesser, sondern ein Fruchteßer sei. Redner erwartete für seine Verkündigungen großen Erfolg. Der Kassirer verlas hierauf die Abrechnung, worauf Kassirer ertheilt wurde. Wegen weit vorgerückter Zeit wurde Schluß beantragt, und mußten die drei letzten Punkte bis zur nächsten Versammlung vertagt werden.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

#### Bekanntmachung.

Die gelegentlich des Nürnberger Formenstreiks ausgegebenen Sammelblätter bitten wir, ob auf ihnen gezeichnet oder nicht, umgehend mit dem darauft eingetragenen Geld nach hier einzusenden.

Trotz der Aufforderung, wegen Fertigstellung der Jahresabrechnung die Abrechnungen für das 4. Quartal rechtzeitig einzusenden, sind folgende Verwaltungsstellen dieser Aufforderung bis zum 19. Februar nicht nachgekommen.

Altwasser b. Waldenburg i. Sch., Barmen, Brühl b. Köln, Celje, Hamburg (Klemperer), Hahn - Westerzauer, Hahnau, Lößnitzb. Zwickau, Mannheim, Neugersdorf, Nürnberg (Metallf.). Oberhausen, Pegnitz, Penig i. S., Birkenfeld i. Pf., Rosenheim, Wien, Wiesbaden, Sommerfeld, Stora, Uetersen i. Holst., Wilschmidburg b. Hamburg.

Wir ersuchen die Mitglieder der oben genannten Verwaltungsstellen, ihre Ortsbeamten zu veranlassen, daß diese ihren statutarischen Verpflichtungen umgehend nachkommen. Die Revisoren machen wir auf § 14 Abs. 2 und 8 des Statuts aufmerksam.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

Mr. 44180 des Schlossers August Dünghalter, geb. zu Kürich am 9. August 1870.

51575 des Messerschmieds Alfons Götz, geb. zu Dresden am 10. Januar 1869.

58967 des Klemperers August Brein, geb. zu Salter bei Braunschweig am 22. Juli 1862.

61744 des Maschinenbauers Wilhelm Bassahn, geb. zu Hörstenwerder am 9. September 1869.

68981 des Schlossers Bernhard Malz, geb. zu Bopoldschütz (Oberschlesien) am 16. September 1858.

75971 des Johann Wendt, geboren zu Rummel (Oberschlesien) am 14. Juni 1871.

Godann ersuchen wir die Ortsverwaltungen und Bevölkerungsleute, welche die statutarischen Fragebögen über die Größe der einzelnen Berufe und die Zahl der Arbeitslosen bezeichneten Mitgliedschaften am Jahresende 1898 noch nicht ausgefüllt und zurückgesendet haben, dies umgehend zu thun, ebenfalls wir die Eäumigen in nächster Nummer dieser Zeitung veröffentlicht müssen.

\* \* \*

Der Schlosser Josef Koch, geboren zu Crefeld am 22. Dez. 1848, B. d. Mr. 88184, ist unter Mitnahme von 28 Stück ihm nicht gehörigen Delegatenmarken zur ersten Generalversammlung in Altenburg, & St. 25 J. von Priss in Schleswig abgereist, und er geht an die Ortsverwaltungen und Bevölkerungsleute das Ersuchen, ihm bei seiner Meldung aufzuhalten und zur Zahlung des Betrages von £ 7 über Überzehrung der betreffenden Marken zu veranlassen und ihm, sofern er dazu nicht bereit oder außer Stande, sein Buch abzunehmen und nach hier einzuhenden.

\* \* \*

Bon den nachfolgenden Orten ist der Zug der Arbeiter der benannten Berufe fern zu halten: Feilenhäuser von Sonnenbrück, Former von Augsburg, Oberwalde, Heroldsfeld, Fürnberg und Pegnitz, Klemperer von Deuben bei Dresden, Metallarbeiter aller Branchen von der Firma F. G. Barthels in Chemnitz, Mannheim, Birnigkier von Dresden, Maschinenbauer von Bremen und Ost. G. Glasarbeiter und Klemperer von der Altenburger Metallwarenfabrik in Altenburg.

All die für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers.

**Theodor Werner, Stuttgart,**

**Schlosserstraße 21,** zu richten, und ist auf dem für Mittelungen bestimmten Postabschnitt zu bemerkern, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines ausgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Eltern für Extramarke, Kongreßprotokolle, Delegatensteuer oder Generalkommissionsmarken ist.

Mit collegialem Gruß

**Der Vorstand.**

\* \* \*

**Die Mechaniker Herren Fr. G. Holz und Ch. Reine, Ersterer Kassirer der aufgelösten Sektion der Mechaniker zu Hamburg werden hiermit dringend ersucht, uns die genaue Adresse von Personen mitzuteilen, an welchen sie das nach der Auflösung noch vorhandene Material übermittelt haben, damit wir in den Besitz deselben gelangen und eine Abrechnung selbst ansetzen können.**

**Allgemeine Kranken- u. Sterbehilfe der Metallarbeiter.**

(G. K. 29, Hamburg).

Dem Schlusse der Generalversammlung in Weimar gemäß ist der Vorstand verpflichtet, im Frühjahr dieses Jahres eine Generalversammlung der Kasse einzuberufen. Er beruft dieselbe hiermit auf Dienstag, den 15. Mai, cr. nach Aschaffenburg, mit der Tagess-Ordnung:

- 1) Wahl der resp. Kommissionen.
- 2) Bericht des Vorstandes, des Ausschusses und der Revisionskommission.
- 3) Statutenberatung.
- 4) Wahl des Vorstandes, des Ausschusses und der Revisionskommission.
- 5) Regelung sonstiger Kostenangelegenheiten.

Anträge, welche zur Beratung gelangen sollen, müssen statutengemäß spätestens bis zum 1. Mai beim Vorstande eingereicht werden, jedoch können nur die Anträge gedruckt veröffentlicht werden, welche bis zum 1. April eingereicht sind.

Die befürchtete Thatache, welche die Abhaltung der Generalversammlung Ende März oder Anfang April notwendig gemacht hätte, ist glücklicher Weise nicht eingetreten und lassen wir deshalb allezeitige Zustimmung versichert zu sein, daß wir die Generalversammlung noch bis Mitte Mai aufgeschoben haben. Daburch ermöglicht sich eine gründliche Vorbereitung und könnte auch der Termin zur Einreichung der Anträge verlängert werden.

Die Bestimmungen des Wahlreglements werden aber dadurch selbstverständlich in keiner Weise beeinträchtigt, es muß vielmehr die Wahl genau nach den durch das Reglement gegebenen Vorschriften durchgeführt werden. Die Delegirten sind sofort nach erfolgter Wahl unter genauer Angabe von Namen und Adressen bei dem Vorstande anzumelden und haben sich Delegierte, deren Anmeldung unterbleibt, etwa hieraus sich ergebende Nachtheile selbst zu zulasten.

Die Wahlauskünfte müssen der Generalversammlung vorgelegt werden. Dieselben sind entweder einem Delegirten der Abteilung mitzugeben oder so frühzeitig an G. Engert, Altenburg, Steintorsteig 6, L. Stage, zu senden, daß sie spätestens am 14. Mai dort eintreffen.

Der Vorstand beantragt folgende Statutenänderungen:

§ 7 Abs. 7 statt „acht Wochen“ zu sehen „13 Wochen.“

§ 8 Abs. 1 und 2 statt „acht Wochen“ zu sehen „13 Wochen“.

Abs. 8 zu sehen:

1. Kl. pro Tag M 2,—, pro Woche M 12,—.  
2. " " " 1,60, " " 9,60.  
3. " " " 1,20, " " 7,20.  
4. " " " 80, " " 4,80.

§ 10 Abs. 8 „belüftigen“: „Weigert sich ein Mitglied, sich der Untersuchung zu unterstellen, so wird für die Dauer der Weigerung kein Krankengeld gezahlt.“

Abs. 8 belüftigen: „wenn nicht durch den Vertrauensarzt bezeugt wird, daß es sich tatsächlich um eine Fortschreibung der früheren Krankheit handelt.“

§ 12 Abs. 1 al. a zu sehen: „Durch besondere Verordnung des Arztes kann diese Zeit geändert werden, jedoch muß hierüber ein ärztliches Zeugnis vor dem ersten Gebrauch und weiter allgemeinlich dem Bevollmächtigten zum Abstempeln unterbreitet werden.“

Absatz 5 hinter den ersten Satz eingeschalten: „Der Krautenschein muß spätestens innerhalb 24 Stunden nach erfolgter Krankmeldung, bei Erneuerung spätestens innerhalb drei Tage, mit dem ärztlichen Attest versehen sein.“

Die Tatsache, daß es auch im vergangenen Jahre leider nicht möglich war, den gesetzlich vorgeschriebenen Theil des Reservfonds (das ist der zehnte Theil der eingegangenen Beiträge), zurückzulegen, zwang uns, eine Erhöhung der Einnahmen oder eine Verminderung der Ausgaben herbeizuführen. Der Vorstand glaubt das Beste empfehlen zu sollen und stellen die gestellten Anträge, die übrigens aus der Generalversammlung eingehend motiviert werden, darauf ab. In Anbetracht der Sachlage muß von allen Anträgen abgesehen werden, durch welche eine Belastung der Kasse herbeigeführt würde.

Hamburg, 24. Februar 1894.

Mit Gruss

Der Vorstand.

\* \* \*

**Mannheim.** Zur Generalversammlung der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter muß ich bemerken, daß nach meiner Überzeugung eine Anlehnung an den § 75 so wenig von Vorteil wäre wie die Erhöhung der Beiträge, denn eine Anlehnung an obigen § würde die Erhöhung der Beiträge unbedingt zur Folge haben. Das Resultat wäre dabei: die gefundenen Mitglieder würden uns den Rücken kehren, wie es bereits jetzt schon oft geschieht. Ich bin hier vollständig der Ansicht wie die Genossen in Dresden, resp. der 12. und 18. Wahlabteilung. Wir geben noch eine Position auf und organisieren uns einfach als Unterstüzungskasse, wenn unsere juristischen Rechte auf Weltreibung der rückständigen Beiträge haben doch, wie ich aus Erfahrung beweisen kann, wenig oder gar keinen Werth. Die Leute erkennen zum großen Theil ihren Ausdrift nicht, sondern lassen sich ruhig streichen; kommt es dann vor, daß sie innerhalb 8, resp. 18 Wochen erkranken oder durch Unfall arbeitsunfähig werden, wissen sie schon, daß sie noch der Kasse angehören, und sie ziehen dann schnell. Werden sie aber nicht arbeitsunfähig, dann sind die Beiträge nicht einzubringen. Sie schämen sich nicht und wenn sie bisher die Kasse noch so viel in Anspruch genommen haben. Die Beiträge sind jedoch durch das Gericht nicht hinzubringen. Entweder es sind keine pfändbaren Gegenstände vorhanden, oder aber, sie sind vorhanden, dann ist zum größten Theil ein Ghevertrag oder aber Vermögensabschöpfung geschaffen, und die Kasse zahlt dann noch die Kosten. Ich für meinen Theil kann die Resolution und ihre Begründung der Genossen der 12. und 18. Wahlabteilung nur begrüßen und freue mich, daß sie ihrer Ansicht in der Beziehung offen und klar Ausdruck verschaffen haben. Was das Übrige mit Wasserloos anbelangt, so glaube ich, daß der Raum unserer Zeitung zu kostbar ist, um darüber noch zu reden. Hoffentlich wird die nächste Generalversammlung das treffen, was zum Nutzen und Fortbestehen unserer Kasse notwendig ist.

Bernhard Foschag.

\* \* \*

**Ehingen.** In der am 18. Februar in Ehingen von der Filiale der 27. Wahlabteilung abgehaltenen Zusammenkunft, die selber nur von den Verwaltungen Ehingen, Göppingen, Cannstatt und Stuttgart bestellt war, wurden folgende Beschlüsse gefaßt, die der Generalversammlung unterbreitet werden sollen: 1. Die Delegierten erklären sich mit der in Nr. 7 der „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Resolution des 12. und 13. Wahlkreises, Dresden, im Prinzip einverstanden. 2. Die Aufnahmefestale sollen in Zukunft noch folgende Fragen enthalten: Waren Sie in den letzten 2 Jahren krank? An welcher Krankheit litten Sie? Waren Sie schon früher Mitglied dieser oder einer ähnlichen Kasse, und wo? — Diese Fragen hat der Bevollmächtigte zu stellen und den

Schein dementsprechend auszufüllen. — 3. Die Dauer der Kranke-fassung soll in Zukunft auf vier Wochen ausgedehnt werden, dagegen ist das Krankengebot spätestens innerhalb 14 Tagen gegen eins Datum zu erheben. — 4. Beamt. agt und beschlossen wird, daß vom 40. Lebensjahr an eine Aufnahmegebühr von 8 M. erhoben werden soll. — Da in der 27. Wahlabteilung 6 Kandidaten vorgeschlagen sind, von diesen aber bei der Versprechnung nur 8 zugelassen waren, konnte eine Einigung auf 2 Kandidaten nicht erzielt werden und wird es den Kästlern überlassen, wie sie stimmen wollen; eine Stichwahl wird deshalb nicht zu vermeiden sein.

\* \* \*

**Hannover.** Aus Anlaß der bald stattfindenden Generalversammlung wird in verschiedenen Filialen die Frage ventiliert: „Wie soll sich künftig unsere Kasse gehalten, um bestehen zu können? Es ist dies ein heikler Punkt und sind hierüber die Meinungen der Mitglieder recht verschieden. Aus allen Berichten, welche bis jetzt in der „Metallarbeiter-Zeitung“ gestanden haben, ist noch nicht recht ersichtlich, was wohl das Beste ist, um die Kasse lebensfähig zu erhalten; gleichzeitig ist aber auch noch kein wirklicher Grund angegeben, daß es durchaus nicht möglich ist, daß die Kasse unter den jetzigen Verhältnissen weiter bestehen kann. Von einer Filiale wurde angeführt, daß das Beste sei, die Kasse gänzlich aufzulösen, aber es wäre doch ganz gut gewesen, wenn gleichzeitig mitgetheilt worden wäre, was diejenigen Mitglieder anfangen sollen, welche entweder kränklich oder zur Aufnahme in eine andere freie Hilfskasse zu alt sind. Wenn auch angenommen wird, daß die Mitglieder in einer Fabrik- oder Ortsankunftsweise versichert sind, so weit aber wohl jeder das in Krankheitsfällen mit 8 M., welche in derartigen Fällen gezahlt werden, nicht auszutragen ist. Also fügt, das gänzliche Auflösen der Kasse würde viele Mitglieder erheblich schädigen, wobei gang verwerthlich sein. Die Kasse wieder so zu gestalten, daß sie dem § 75 des R.R.G. entspricht, würde die finanzielle Lage durchaus nicht heben. Das von der Filiale Dresden angeführte, die Kasse nur als Hilfskasse weiterbestehen zu lassen, wäre wohl unannehmbar, allerdings bleibe das noch einen Schritt rückwärts gehen. Das Beste wird wohl sein, die nächste Generalversammlung bestreikt, daß die Kasse so bestehen bleibt, wie sie jetzt ist, und um die finanzielle Lage etwas zu heben, die Unterstützung etwas heruntersetzt. Die hier in Hannover stattgefundenen Generalversammlung der Central-Kranken- und Sterbekasse der Eisener hat den Besluß gefaßt, weiter zu bestehen, warum sollen wir es nicht versuchen. Darum frischen Wuth zur nächsten Generalversammlung.

\* \* \*

**Frankfurt a. M.** Die Frage: Soll unsere Kasse lebensfähig erhalten oder aufgelöst werden? beschäftigt gegenwärtig alle Filialen. Letztere Frage ist unbedingt zu beantworten; denn was nicht es dem einzelnen Mitgliede, wenn es bei einer Aufsicht und der damit verbundenen Beitrags 8—4 M. erhält, während eine große Anzahl von Mitgliedern dadurch geschädigt wird, da sie sich ihres Alters wegen für die Zukunft nicht mehr gegen Krankheit so versichern können, als sie versichert sind, so lange sie noch unserer Kasse angehören. Und gerade das sind solche Mitglieder, denen kein Opfer für Erhaltung unserer Kassen zu groß war. Aber wie soll sie erhalten werden? Als Buschukasse oder soll sie wieder dem § 75 des R.R.G. angeholt werden? Soll sie als Buschukasse (E. H.) weiter existieren, so sind wir gezwungen, entweder die Beiträge zu erhöhen, oder die Unterstützungen zu reduzieren. Beides bedeutet für uns einen großen Verlust gesunder Mitglieder. Dem Gesetz anpassen, dazu ist die Zeit zu ungünstig, weil bei dem gegenwärtigen Stand unserer Kasse die Beiträge zu hoch normiert werden müssen, um neue Mitglieder zu gewinnen. Es lädt sich vorerst der Fehler nicht wieder gut machen, der auf der Generalversammlung in Wiesbaden durch Umwandlung in eine Buschukasse gemacht worden ist, denn erwiesen ist, daß für das Viertel des örtlichen Taglohnes, welches wir weniger an Krankengeld zu zahlen hatten, wenn wir unsere Kasse dem § 75 angepaßt hätten, Arzt, Medizin und ähnliche Heilmittel hätten geliefert werden können, ohne daß wir den Beitrags an guten Mitgliedern und das dadurch u. U. entstandene Defizit in unserer Kasse zu beladen hätten. Wenn wir also weiter die Beiträge erhöhen, noch die Unterstützung reduzieren wollen, so scheint mir der von Genossen Holz empfohlene Vorschlag der beste, unsere Kasse in eine Unterstützungs-Kasse umzuwandeln und das „Grete Hilfskasse“ fallen zu lassen, bis sich unsere Kasse erholt hat, und dann weiter zu überlegen. Der Soon auf der Generalversammlung in Wiesbaden gemacht, jetzt von Gen. Hellmann erneute Vorschlag, sämtliche Centralkassen in eine Buschukasse umzuwandeln, wird nie zur Ausführung gelangen, da die Kassen, die keine Unfälle zu bezahlen haben, sich bedanken werden, sich mit uns zu verbünden, damit ihre Mitglieder höhere Bev-

träge leisten dürfen; so solidarisch sind leider die wenigsten Arbeiter. Was die Überwachung betrifft, so habe ich in Wiesbaden diesbezügliche Anträge gestellt, dieselben wurden aber abgelehnt. Den Vorschlägen, die gemacht worden sind, um der Eintritt in unsere Kasse zu erschweren, kann ich nicht beipflichten, da manche Frage seitens der um Aufnahme Nachsuchenden mit dem besten Willen nicht wird beantwortet werden können.

Adolf Meyer, Delitzschi 8.

## Nachtrag!

Aus Wien erhielt Genosse Segh folgendes Schreiben:

Wien, den 21. Februar 1894.  
An den Vertrauensmann  
für Deutschland.

Werther Genosse

Wir geben Ihnen bekannt, daß wir am 18. Februar dem Chef der Firma Gebr. Brünner in Wien folgende Resolution als Forderung vorgelegt haben:

- 1) ständige Arbeitszeit.
- 2) 80 Prozent Zulage bei notwendigen Überstunden.
- 3) 10 Prozent Zulage bei allen benötigten Arbeitern, welche weniger als 10 M. Wochenlohn haben, ohne Unterschied des Geschlechtes.
- 4) Anerkennung der Vertrauensmänner.
- 5) Die Akkord-Premie müssen den Arbeitern vor Beginn der Arbeit bekannt gegeben werden.

Da der festgesetzte Termin am 1. März abläuft, so ersuchen wir Sie, den Zugang von Spänglern, Gießern, Lackern, Schaltern, Schaltern, Bronzearbeitern, Metallarbeitern und Drehern durch die Organisation und die Presse so viel als möglich zu halten.

Sollte es zu einem Streit kommen, so werden wir telegraphisch mit einigen Worten verständigen, und bitten wir in diesem Fall um Ihre thaktägliche Verwendung. Wir geben Ihnen die Sicherung, daß die Forderungen wohl erwogen sind und wir mit Zuversicht rechnen, den Sieg auf unserer Seite zu haben.

Allfällige Anfragen bitten wir an Genossen Max Salomon, Wien V, 2, Brandmayergasse Nr. 6, Tafel 4, zu richten.

Im Falle wir gezwungen sind in den Streit einzutreten, sind Briefe an die Redaktion der „Arbeiterzeitung“ in Wien VI, Bezirk, Kopernikusgasse Nr. 14, zu senden.

Indem wir versichern, je jedem Dienst in unserer Sache bereit zu sein, rechnen mit großzügigem Erfolg.

Die Vertrauensmänner der Lampen-Fabrik Gebr. Brünner in Wien.

N.B. Die Fabrik beschäftigt gegenwärtig 400 Arbeiter.

## An sämtliche Eisenarbeiter Deutschlands!

Der schon seit 7 Wochen andauernde Streit der Eisenarbeiter in Budapest dauert noch fort und sind noch 10 Mann, darunter mehrere Familienväter, im Ausstande. Um in unserem gerechten Kampfe längst auszuharren und zum Siege, der auch Euer Sieg ist, gelangen zu können, appellieren wir an das Solidaritätsgefühl der Eisenarbeiter Deutschlands, uns in unserem Kampfe unterstützen zu wollen. Adresse: Josef Estermann, Dugonits-asse 12, 8. Bez., Budapest. Für das Komitee: József Pál.

## Gerichts-Zeitung.

**Zum Kapitel der „väterlichen“ Gehringssucht.** Im Hamburgischen Gewerkegericht lagte jüngst der Schneidermeister L. gegen den Vater des Gehring's H. auf Rückfrage des Gehring's in die der Fäderlichen Meinung nach widerrechtlich verlassene Lehre oder Sabotage einer Fäderlichkeit von 100 M., während der Vater auf Böhming des Gehring's wegen Misshandlung gegen den „ehrhaften“ Meister plagierte. In der Verhandlung fallierte H. die Misshandlung seines Sohnes. Am 15. Dezember habe dieser ein mit Schmalz besetztes Brod und eine Knackwurst zum Abendessen erhalten, leckere habe der selbe aufgegessen, aber, da er an einem schwachen Magen leide, refüllte Darnach habe er zu jeder Mahlzeit, auch Mittags, dasselbe Schwarzbrot vorgesetzt bekommen und sei ihm bei der beharrlichen Belagerung, solches zu essen, jede warme Kost entzogen worden bis Montag Mittag. Als er auch dann sich dessen geweigert, sei vom Meister an die Erde geworfen und an den Haaren wieder er vorgetragen worden. Der Lehrer gibt im Auftrag meines Vaters die Darstellung des Vaters zu und bemerkt, er sei in einer väterlichen Fäderlichkeit des Gehring's berechtigt gewesen, diese sei von ihm nicht überschritten. Er habe den Gehring auf dessen „ungehörige“ Antwort, daß er es nicht nötig habe, alles Schwarzbrot zu essen, einen Schlag an die Ohren gegeben, worauf sei derselbe aufgesprungen und um den Tisch gelaufen, habe ihn jedoch beim Hosentrunk zu fassen getriebe und ihm dann hinten einige Übergezählt. Das Gericht erklärt noch Friststellung der Thatsache: Die Zutatung eines Schmalzbrot zu essen, könne nicht als geradtfertigt erachtet werden, ebenso wenig die Erzielung des warmen Mittagsessens und am Abendessen die Körperliche Bedeutung. Wenn der Lehrer lieber hungern wollte, als das Schwarzbrot essen, so lag gar kein Grund vor, in der gefüllten Weise mit ihm zu verfahren. Wenn der Vater des Lehrers dacum die Auflösung des Lehrverhältnisses fordert und die Schule weigert, so darf er nach allgemeiner Meinung der Kinderläden und auch gesetzlich hierzu berechtigt sein. Das Gericht spricht demgemäß die Auflösung des Lehrverhältnisses aus und vertheilt den Schneidermeister L. zur Tragung der Kosten in beiden Klagen.

**Für Versammlungsbesucher** ist eine Entschuldigung, die das Reichsgericht gefällt hat, von Interesse. Die Entschuldigung lautet: „Ist dem Einbrecher und Vorsitzer einer Versammlung ein Saal vom Eigentümer bestellt, behufs Abhaltung dieser Versammlung zur Verfügung gestellt worden, so ist der Vorsitzende verpflichtet, diesbezüglich des Hauseschafts befugt und die Nichtbefolgung der vom Eigentümer des Saales nicht widersprochen Anforderung des Vorsitzenden an den Trätern, den Saal zu verlassen, ist als Hausschaden zu bestrafen.“ Reichstreue Städteurkinder und Eltern sozialistischer Versammlungen, wie sie z. B. in der Legende von Egli haben noch häufig gehandelt, wird diese Entschuldigung arg beschimpfen, wenn sie gegen diese Burschen zur Anwendung gebracht wird.

## Vermischtes.

**Über Beträgen der Hände.** Bei den verschiedenen Arbeiten, für die der Metallindustrie vorkommen, werden die Hände häufig in einer Weise verunreinigt, daß dieselben schlecht zu säubern sind, und mag es manchem vielleicht erwünscht sein, Mittel kennen zu lernen, um sie wieder zu reinigen. Ein gutes Reinigungsmittel bestehen wir in dem gewöhnlichen Seife, der zu diesem Zweck mit fein gepulvriertem Kalzinitierter Soda oder Balsam gut vermisch wird, und zwar vier Theile Seife mit einem Theile des Salzes. Den Klempnern bietet die Entfernung von durch das Schwefelwasser entstandenen Flecken großer Schwierigkeit. Hierfür gibt es nun ein gutes, nicht allgemein bekanntes Mittel, nämlich das Waschen mit Petroleum; dieses entfernt sofort den durch Seife nicht wegbringenden, von dem Schwefelwasser festgehaltenen Schmutz, worauf das Reinigen durch Seife vollendet wird. Durch Salpetersäure gelb gewordene Hände kann man ebenfalls verbessern, indem man sie mit verdünnter Schwefelsäure und Bleitetradsulfat wascht, doch tritt die gelbe Farbe beim Waschen mit Seife wieder hervor, aber wenn die Hände mit Alkalien in Berührung kommen. Für durch Tinte oder Blauholzblödung verunreinigte Hände ist Chloralkali das beste Reinigungsmittel; liegt der Schmutz sehr dick auf, so benutzt man erst Chloralkali, dann Salzsäure und darauf wieder Chloralkali.

**Unternehmensillwilligkeit.** Die „Düsseldorfer Bürger-Ztg.“ schreibt: „Gestern der Reichsregierung wurde der Emailarbeiter R. Baudach, ein durchaus ruhiger, überlässiger und jeder agitatorischen Tägigkeit absolut fernstehender Mann, aufgesoren, am 24. Juni in Berlin zu erzielen und an den im Reichsanteile des Innern stattfindenden Berathungen über die industrielle Sonnagsruhe als Arbeitnehmertheil zunehmen. Hier hat Herr Baudach, wie das für einen anständigen Menschen selbstverständlich ist, die Intention der Arbeitnehmer nach besten Kräften wahrgenommen und seine Stimme für möglichst ausgewogene Ruhe am Sonntag in die Waagschale gelegt. Die Beauftragten der Reichsregierung werden Herrn Baudach, der von Natur aus wenig zum Agitator geeignet ist, sowohl das Zengnis ausspielen, daß er seinen Standpunkt in ruhiger und machboller Weise vertreten hat. Auch bemerken wir, um den bekannten und beliebten Einwurf von vorher kein Kraftlos zu machen, daß Herr Baudach nicht der sogenannten Wüstspargasse angehört, sondern Mitglied der Hirsch-Dundr'schen Gewerkevereine ist, welche bekanntlich die sozialen Schwierigkeiten im Einvernehmen mit den Unternehmern lösen will. Dieser Arbeiter ist nun, weil er der Einladung der Regierung gefolgt ist und weil er in Berlin seine Pflicht gehabt hat, von seinem Chef Knall und Gall entlassen worden. Das ist das Recht des Arbeiters in Deutschland. Ein Kommentar würde den Eindruck der schlichten Thatsache abschwächen. Die Firma der beteiligten Unternehmer heißt Düsseldorfer Emailarbeiter-Werk Wormann & Elbers.“ — Herr Baudach, der selbstverständlich unsere Sympathie hat, und viele

seiner Genossen dürften nun das Unzutreffende der „Harmonie“ erkannt haben. Das ist das Gute an dem schönen Alt.

### Küterisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart J. H. W. Dieß' Verlag) ist soeben das 21. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Preußisch-deutsches Postwesen. — Die Aussichten des Sozialismus in Amerika. Ein Vortrag, gehalten von Ad. Heyne in St. Louis. (Fortsetzung.) — Die deutsche Ausgabe einer Haupthälfte des Giordano Bruno. Von Ad. Berstein. — Die Entwicklung der Schuhmacher. Von Olophus Jinner. — Literarische Rundschau. — Notizen; Einige Illustrationen zur finanziellen Seite der Homerfrage. Frauenarbeit in Fabriken und Kindersterilität. — Feuilleton: Der Tod im Walde. Von Nikolaus Kraus.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. H. W. Dieß' Verlag) ist uns soeben die Nr. 8 des 4. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalte dieser Nummer heben wir hervor: Hier mit dem Wahlrecht für die Frauen! — Madame Molana. (Schluß.) — Wie es Arbeiterinnen in Dresdner Zigaretten-Fabriken ergeht. — Zum Kapitel der Bahnfahrtseinrichtungen. — Feuilleton: Kandidaten-Freuden. Von Mark Twain. Modernes Fabeln. Von August Steinberg. (Autoristische Uebersetzung von Gustav Lichtenstein.) — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 J., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1894 unter Nr. 2860) beträgt der Abonnementspreis vierjährlich ohne Beitragszahlung 55 J.; unter Kreuzband 85 J. Inseratenpreis die zweigespaltene Seite 20 J.

**Natürliche und soziale Religion.**  
Von Franz Lütgenau. VIII und 260 S. 8°. Preis broschirt M. 1,50, gebunden M. 2.— (19. Band der Internationalen Bibliothek, 1. Serie.) Verlag von J. H. W. Dieß, Stuttgart. Inhalts-Vergleich mit Griech. Kapitel: Physische Religion. Die Sprache als älteste Quelle für Religion. 1. Griech. Ursprache und Urreligion. 2. Welche Naturerscheinungen wurden als Götter gedacht? Definition der Religion. 3. Physische und begriffliche Gottheiten. 4. Naturreligion der Gewiss. — Zweites Kapitel: Anthropologische Religion. Ahnenkult. Mutterrecht. Herkunftsverglaube. Ursprung der Seelenvorstellung. — Drittes Kapitel: Psychologische Religion. — Viertes Kapitel: Das Priesterthum in den Naturreligionen. Andere Handtheile der Religion: Orakel, Opfer, Gebet, Tempel, Feste, heilige Bücher. — Fünftes Kapitel: Die Entstehung der ethischen Staatsreligion. — Sechstes Kapitel: Soziale Religion. 1. Die beginnende Verwandlung der natürlichen Religion in soziale. 2. Wie ist soziale Religion möglich? 3. Der politische Charakter der römischen Religion. — Siebentes Kapitel: Definitionen Anderer von Religion. — Achttes Kapitel: Der Ursprung des Monotheismus. — Neuntes Kapitel: Das Christenthum in seinem Zusammenhange mit der älteren Naturreligion und als soziale Religion. — Zehntes Kapitel: Religion und Ethik. — Elfstes Kapitel: Die Religion in der Gegenwart. 1. Statistisches. 2. Die Gesellschaft und die Religion. 3. Der Staat und die Religion. 4. Sozialismus und Religion.

Das im Verlage von J. H. W. Dieß in Stuttgart in Lieferungen erscheinende Werk „Die Tierwelt“, eine illustrierte Naturgeschichte der jetzt lebenden Thiere, von A. Bommel, liegt nunmehr mit dem 28. Heft komplet vor. Das Werk umfasst XXII und 888 Seiten groß Octav, enthält über 600 Illustrationen und 12 sehr ausführliche Verabtasteln. Preis brosch. in einem Band M. 6,80, in Brachband gebd. M. 7,10. Gleichzeitig teilt uns die Verlagsbuchhandlung mit, daß zunächst als Lieferungswerke erscheinen: „Liebknecht's Volks-Fremdwörterbuch.“ Siebente, neu bearbeitete, berichtigte und vermehrte Auflage. Komplet in ca. 18 bis 14 Heften à 20 J. Ferner wird abwechselnd mit dem Volks-Fremdwörterbuch erscheinen: „Die Geschichte der Kommune von 1871“ von Bissagary. Zweite vom Verfasser durchgehene Ausgabe. (Schriftliche Ausgabe.) Komplet in 12 Heften à 20 J.

### Briefkästen.

Viele Einsendungen mußten für nächste Nummer zurückgestellt werden.

**Firmenleben.** Blatt 3 des Berichtes fehlt.

**Gekreuzt.** Schluß des Berichtes fehlt; also sofort senden.

**Niedrig.** An Einzelmitglieder senden wir nicht, das muß, wenn das Mitglied nach A. bezahlt, von dort besorgt werden.

**H., Esslingen.** Ihrem Bericht erging es wie so manchem anderen, daß er wegen Raumangestalt zurückgestellt werden müsse.

**A. P., P. B., C. St. Hundoldt-Golm.** Wir bitten, doch nicht so entzündlich lange Eingefandts zu schreiben, für die wir absolut keinen Raum haben. Andere wollen auch zu Wort kommen. Wird ganz bedeutend gefürchtet.

**D. Petz.** In nächster Nummer.

### Vereins-Anzeigen.

#### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

**Jachen.** Samstag, 9. März, Mitgliederversammlung im Vereinslokal, Elfschornsteinkir. 8. Um zahlreiches Erscheinen wird erachtet.

**Altenburg.** Sonnabend, 8. März, Mitglieder-Versammlung im „Goldenen Löwen“. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung werden sämtliche Mitglieder gebeten, zu erscheinen. — Adresse des Bevollmächtigten: H. Wenzel, Bauhofstr. 14.

**Altona.** (Sektion der Schlosser.) Unsere Herberge, Verlehrlokal, Arbeitsnachweis und gemeinfamiliale Bibliothek befindet sich bei P. Meyer, Ende der Hospital- u. Wilhelmstr.

**Ansbach.** Sonntag, 4. März, Nachm. 4 Uhr, Mitgliederversammlung. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist zahlreiches Erscheinen unbedingt nötig. — **Augsburg.** Samstag, 8. März, Abends, 8 Uhr, im Gasthaus zum „Blauen Vogel“, Mitglieder-Versammlung. Diejenigen Mitglieder, deren Bilder zur Revision noch nicht eingezogen waren, werden erachtet, dieselben mitzubringen.

**Bernburg.** Jeden Sonnabend Abend und Aufnahme neuer Mitglieder bei Grote, Steinstraße 4. — Die Bilder der Bibliothek müssen unter allen Umständen alle 4 Wochen abgegeben werden. — Wer Beschwerden wegen der Zeitung hat, wird gebeten, dieselben dem Vertrauensmann vorzulegen.

**Cannstatt.** (Sekt. d. Form.) Samstag, 9. März Monatsversammlung im Lokal bei Peter, Olgastr. Tagesordnung im Lokal. Die Kollegen werden erachtet, sich zahlreich einzufinden.

**Cottbus.** Sonnabend, 10. März, Abends, halb 9 Uhr, Versammlung bei Lehntiger. L.-O.: Einziehung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag. Verschiedenes. Fragestunden.

**Delmenhorst.** Samstag, den 8. März, Abends, halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung.

**Flensburg.** (Allg.) Sonnabend, den 10. März, Abends, halb 9 Uhr, bei Habis, Schleswigerstr. 6, Versammlung. L.-O.: Aufnahme. Beitragzahlen. Fragestunden. Verschiedenes. Die restirenden Mitglieder werden an ihre Pflichten erinnert, widrigenfalls der Ausschluß erfolgt.

**Flensburg.** Die Mitgliederversammlung der Sektion der Klempner findet der Marktwoche wegen am 13. März statt. L.-O.: Aufnahme und Beitragzahlen. Abrechnung. Vortrag über die Naturheilmethode. Verschiedenes. Fragestunden.

**Frankenthal.** Samstag, den 8. März, Versammlung bei Reißler, Speyererstraße. L.-O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Beitragserhebung. Vortrag des Gen. Förner-Ludwigshafen. Gewerbegericht. Verschiedene Verhandlungsgelegenheiten.

**Gablenz b. Chemnitz.** Sonnabend, den 10. März, Abends, 9 Uhr, in Schmitt's Restaurant, öffentliche Metallarbeiterversammlung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Einzel-Mitglieder des D. M.-V.

**Göppingen.** Samstag, 8. März, Abends, 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Hirsch“ (Saal). L.-O.: Einzahlung. Aufnahme. Verschiedenes. Aufstellung der Kundenkarten zum Gewerbebeschuldigter. Volljähriges Erscheinen ist nothwendig.

**Görlitz.** Sonnabend, 10. März, im Saale der „Deutschen Reichshalle“ Wintervergnügen, bestehend aus Konzert, Theater und Tanz unter Mitwirkung des Gesangvereins „Vorwärts“. Programme für Mitglieder und deren Angehörige sind vorher von der Vergnügungskommission zu entnehmen.

**Grünewald.** Sonnabend, 10. März, Abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Strauß. Vortrag von Koll, Schlegel. Pünktliches Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringender Angelegenheit halber nötig.

**Hamburg.** Sektion aller in Gebäudefreihalten, Gütekassen und Metalldrehereien beschäftigten Arbeitcr. L.-O.: Mittwoch, 7. März, Abends, 9 Uhr, bei Wöhle (Valentinskamp), früher Lüge's Etablissement, öffentliche Versammlung. L.-O.: Der wirtschaftliche Niedergang. Referent: Herr Weinheber.

**Schwelm.** Sonntag, 4. März, Nachm. 4 Uhr, im Vereinslokal, Mitgliederversammlung.

**Sommerfeld.** Sonnabend, 10. März, Abends, 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Hedwigshalle“. Sämtliche Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Hamburg.** (Sektion der Klempner ac.) Dienstag, 13. März, Abends, 9 Uhr, bei

Ramm, „Festhalle“, am Gänsemarkt, Mitglieder-Versammlung. L.-O.: Vortrag. Verschiedenes.

**Heilbronn.** Sonntag, 4. März, Aufzug nach Neckarsulm, wo ebenfalls eine Zahlreiche gegeben werden soll. Zusammenkunft Mittagspunkt 1 Uhr bei Restaurateur Glück, Thurmstraße. Um möglichst zahlreiche Beteiligung wird erachtet.

**Hof.** Sonnabend, 8. März, Mitglieder-versammlung. L.-O.: Beitragszahlung. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftsrat. Vortrag. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erwünscht.

**Kiel.** Mittwoch, 7. März, Mitglieder-versammlung in den „Zentralhallen“, Kiel Reihe 8. Tagesordnung im Lokal.

**Liegnitz.** Sonnabend, 8. März, Abends, 8 Uhr, im Gasthof zum „Preußischen Hof“, Hauptauerstr. Mitgliederversammlung.

**Möeldorf.** Sonntag, 4. März, Nachmittags 8 Uhr, im Vereinslokal, Mitglieder-versammlung mit Vortrag des Gen. Aug. Henning. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.

**Münichon.** (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 10. März, Abends, halb 9 Uhr, im „Passauer Hof“, Dultstr. 4, Versammlung mit Vortrag von Herrn Schäfer über: Die Organisation am hiesigen Platz. Der Gewerkschaftsverein und dessen Zbl. gleicht. — Gleichzeitig macht die Verwaltung bekannt, daß die neu errichtete Zahlreiche ihre Tätigkeit am 1. März begonnen hat. Ausgaben der Fleischaufzehrung und Arbeitsnachweis an den Wochentagen Abends von 7—8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen Vormittags von 11—12 Uhr in der Herberge, „Passauer Hof“, Dultstr. 4.

**Münichon.** (Gewerkschaftsverein der Eisen- u. Metallarbeiter Oberösterreichs und deren Mitarbeiter.) Sonntag, den 4. März, 1. Stiftungsfest unter Mitwirkung des „Arbeiter-Sängerbundes“, sowie verschiedener katholischer Kräfte und Tanz in Gipper's Würzenkeller. Anfang Nachm. 4 Uhr. Zu zahlreichem Besuch lädt freundlich ein.

**Nekarau.** Sonntag, 4. März, Nachm. halb 2 Uhr, im „Gasthaus zum Löwen“, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. Der Wichtigkeit wegen ist es Pflicht, daß sämtliche Mitglieder pünktlich erscheinen.

**Nürnberg.** (Sektion der Mohr- und Glöckner.) Samstag, 10. März, Mitglieder-versammlung unter Mitwirkung des „Arbeiter-Sängerbundes“, sowie verschiedener katholischer Kräfte und Tanz in Gipper's Würzenkeller. Anfang Nachm. 4 Uhr. Zu zahlreichem Besuch lädt freundlich ein.

**Nürnberg.** (Sektion der Mohr- und Glöckner.) Samstag, 10. März, Mitglieder-versammlung. L.-O.: Arbeitsssekretariat. Referent: Gen. Dertel. Gewerbl. Rundschau. Verschiedenes. — Da es sich handelt um eine Extrasteuern von 2 S pro Woche handelt, werden die Mitglieder um zahlreiches Erscheinen erachtet. Die Nichtwesenden haben sich den Beschlüssen der Versammlung zu fügen. — Die Bibliothek ist geöffnet und werden die Kollegen, welche Bilder in Händen haben, erachtet, dieselben abzuliefern.

**Nürnberg.** (Sektion der Mohr- und Glöckner.) Samstag, 10. März, Mitglieder-versammlung im „Sächsischen Hof“. L.-O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist Pflicht.

**Nürnberg.** (Sektion der Mohr- und Glöckner.) Samstag, 10. März, Mitglieder-versammlung mit Vortrag des Genossen Weißmann in der Wirtschaft zum „Paradiespfeil“, Paradiesstraße, nächst dem alten Steinbühler Tunnel. Fremde haben Buitritt. Um zahlreiche Beteiligung wird erachtet.

**Oldenburg.** Sonnabend, 10. März, Abends, 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Saitz, Turbinstr. 28. Um volljähriges Erscheinen wird erachtet. — Die Rentanten werden auf § 8, Abs. 6 aufmerksam gemacht.

**Pforzheim.** Sonnabend, 10. März, im Vereinslokal, Mitglieder-Versammlung. L.-O.: Vortrag von Genossen Möller. Das nächste Vergnügen.

**Regensburg.** Samstag, den 8. März, 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal. — Denjenigen Mitgliedern, welche in der letzten Versammlung nicht anwesend waren, diene zur Kenntnis, daß die Versammlungen von jetzt ab jeden ersten und dritten Samstag im Monat stattfinden.

**Rostock.** Sonnabend, 10. März, Abends, 9 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Brunnenhalle“. L.-O.: Vortrag. Verschiedenes.

**Schmölz.** Montag, 5. März, in Groß's Restaur., Bahnhofstr., Mitglieder-versammlung. Tagesordnung im Lokal.

**Schwelm.** Sonntag, 4. März, Nachm. 4 Uhr, im Vereinslokal, Mitgliederversammlung.

**Sommerfeld.** Sonnabend, 10. März, Abends, 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Hedwigshalle“. Sämtliche Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Stockach.** Samstag, 10. März, Abends, 9 Uhr, Mitglieder-versammlung im Vereinslokal. Die Mitglieder werden erachtet, voll-

zählig zu erscheinen. — Zugleich warnen wir die Kollegen vor dem Formier Oswald Höhn von Friedrichsthal (Württemberg).

**Stuttgart.** (Sektion der Glaschner.) Samstag, 8. März, Mitglieder-versammlung bei Bogner, Christophstraße. L.-O.: Einzahlung und Aufnahme. Vortrag von Gen. Schäfer über: „Eigentumsklämpe in Geschichte und Gegenwart“. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

**Unterkochen.** Sonntag, den 4. März, Nachm. 8 Uhr, Versammlung im „Bamm“. L.-O.: Einzahlung. Aufnahme. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

**Wolfenbüttel.** Sonnabend, 10. März, Abends, halb 9 Uhr, bei Buchsteiner, Wallstr., Mitglieder-versammlung. L.-O.: Aufnahme und Beitragszahlung. Erstwahl des Bevollmächtigten. Diskussion der Bibliothekstatuten. Berichterstattung der Bibliothekskommission. Bericht des Vergnügungscomittees und Abrechnung derselben. Innere Verbandsangelegenheiten.

**Worms.** Samstag, 8. März, Mitglieder-versammlung im „Speyerer Hof“. L.-O.: Verbergewissen. Die Mitglieder werden erachtet, die Versammlungen fleißiger als bisher zu besuchen. — Die Rentanten werden erachtet, ihre rückständigen Beiträge zu entrichten, wibrigenfalls ihnen die Teilung entzogen wird.

### Anzeigen.

#### Zur Maifeier

und sonstigen Festen empfehle den Parteigenossen und verehr. Fachvereinen

#### Fahnen

(in Stob) mit diversen Sprüchen und Inschriften in allen Preislagen — vom gewöhnlichen Wollbis zum feinsten Seidenstoff —, die Stickereien in Gold, Silber (dicht oder halbdicht), Seide oder Wolle. Die Fahnen werden auf Wunsch komplett, mit Stange, Spieze, Traggurt, Nebengut usw. oder auch ohne diese Zubehör geliefert. Ebenso empfehle Fahnenbänder, Schärpen und Abzeichen. Anfragen werden sofort beantwortet. Bestellungen rechtzeitig erbeten.

**Franz M. Grillenberger,** Gold-, Silber- u. Seidenstickerei, Nürnberg.

**Das geachtung.** Der Formier Robert Südde, geb. am 8. April 1851 in Wilmersdorf, einget. am 24. Juli 1898 in Stuttgart, ist am 26. Februar mit der Streitkiste Nr. 878 festlich gegangen. Kollegen, welche den Aufenthalt des S. kennen, ersuchen wir, ihn festnehmen zu lassen, da er sich Unter-schlagungen schuldig mache.

**Ortsverwaltung Weinheim.** Aufforderung. Das Mitglied Ben., Buch Nr. 19457 wird hierdurch aufgefordert, das der Bibliothek der Sektion der Schlosser und Maschinenbauer entliehen Buch Nr. 121 einzugeben. Diejenigen Verwaltungsstellen, welche mit Ben. in Verbindung kommen, werden ersucht, denselben auf seine Pflicht aufmerksam zu machen.

**D. M.-V. Sektion der Schlosser und Maschinenbauer Nürnberg.** Aufforderung. Der Eisenbahnarbeiter Meinhold Wetsch aus Elbing, wird ersucht, seine Adresse sicher zu senden, damit ihm sein Mitgliedsbuch zugestellt werden kann, sowie seinen Verpflichtungen gegen die hiesige Verwaltung nachzukommen.

**Ortsverw. Garstedt.** Aufforderung. Alle Diejenigen, welche über den Aufenthalt des Radlers Wilhelm Dreiplat, geb. zu Schweidnitz, Auskunft geben können, werden ersucht, uns so bald wie möglich Mittheilung hierüber zu machen.

**Ortsverwaltung Bunsdorf.** Aufforderung. Der Klempner Paul Strauß aus Marienwerder, Buch Nr. 51882, wird aufgefordert, die aus der Bibliothek entliehenen Hefte 1—3 der „Neuen Zeit“ sofort an die hiesige Zahlstelle einzuf